Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 64. Montag, den 17. März 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!

II.

Volkswehr an Stelle der stehenden Heere! So formuliert kurz und schlagend das Erfurter Programm unsere Stellung zum Wehrsystem. Ueber dieses Thema besteht eine ganze Literatur, besonders Friedrich Engels und August Bebel haben sich in ihr betätigt, und auch von bürgerlicher Seite ist sehr viel über die Frage der Volkswehr oder der Miliz geschrieben worden. Und doch hat in den letzten Jahren das Interesse für dieses Thema, wie es scheint, in Parteikreisen abgenommen, was um so verwunderlicher ist, als das ungeheure Aufrüsten zu Wasser und zu Lande und in allen Erdteilen die Frage eigentlich aktueller denn je gemacht hat. Eine wichtige Ursache dieser auffallenden Erscheinung ist ohne Frage die Schwenkung, die die Partei in den letzten Jahren von der Volkswehr weg zur Abrüstung gemacht. Kein anderer wie Karl Kautsky war es, der noch im verflossenen Jahre den Satz niederschreiben konnte, der Gedanke der Volkswehr sei von der Entwickelung in den Hintergrund gedrängt, jetzt stehe im Vordergrunde die Forderung nach Abrüstung.

In Wirklichkeit steht es gerade umgekehrt. Wenn die geschichtliche Entwicklung der letzten Jahre irgendeinen Punkt unseres Programms mit unwiderstehlicher Wucht in den Vordergrund geschoben hat, so ist es der Satz: Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Und gerade die Vorlage, mit der augenblicklich der deutsche Imperialismus schwanger geht, wird die Partei zwingen, sich erneut und eingehender denn je mit dieser Forderung zu beschäftigen.

Der Imperialismus hat die ständige Kriegsgefahr auf die Tagesordnung der inneren wie der äußeren Politik gestellt. Wir bekämpfen diese Kriegsgefahr nicht dadurch, daß wir sie leugnen; im Gegenteil ist es eine unserer wuchtigsten Anklagen gegen die bestehende Gesellschaft, daß sie nur noch leben kann, indem sie die Lebensfähigkeit aller Verhältnisse ständig bedroht, daß sie die dauernde Erschütterung aller weltpolitischen Zusammenhänge zur Voraussetzung dieser Zusammenhänge macht, daß sie mit andern Worten den Weltfrieden nur noch durch die stetige Gefahr des Weltkrieges aufrechterhält. Daß sich die kapitalistische Welt auf diese von uns nie geleugnete Kriegsgefahr auf ihre Art rüstet, ist nur selbstverständlich. Wenn wir nun diese kapitalistischen Kriegsrüstungen abweisen und keinen Mann und keinen Groschen für sie bewilligen, so müssen wir gleichzeitig imstande sein, den Massen ein System der Wehrhaftigkeit zu zeigen, das die Kriegsgefahr viel gründlicher beseitigt als die stehenden Heere es angeblich tun, die im Gegenteil eine ständige Verführung zum Kriege bilden, und für das die Sozialdemokratie, die, wie die Gegner sagen, das Vaterland wehrlos machen wollen, gerade deshalb eintritt, weil sie die Wehrhaftigkeit der Nation nach innen wie nach außen auf ihren Gipfel hebt. Dieses System ist die Volkswehr.

Es ist also die geschichtliche Entwickelung selber, die uns dieses Problem gestellt hat, und zwar nicht mehr wie früher bloß in einer Allgemeinheit und Unbestimmtheit, als die generelle Forderung der Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Wehrwesens, sondern im Gegenteil in voller Bestimmtheit und Präzision als eine im besten Sinne des Wortes aktuelle Forderung der Gegenwart. Indem uns aber die historische Entwicklung dieses Problem stellte, hat sie gleichzeitig die Bedingungen seiner Lösung selber geliefert.

So gewaltig bisher der Druck des Militarismus auf den Massen des deutschen Volkes lastete, so war er federleicht gegen das, was uns bevorsteht. Die neuen Vorlagen werden die allgemeine Wehrpflicht auch für den letzten irgendwie waffenfähigen Mann des deutschen Volkes zur Wahrheit machen. Aus bloßer Laune, aus reiner Lust am Soldatspielen legen die herrschenden Klassen diese ungeheure Last nicht auf den Nacken der besitzlosen Massen. Schon deshalb nicht, weil der Militarismus, wie die geplante Kriegssteuer der Milliarde beweist, allmählich auch den besitzenden Klassen den Beutel zu belasten beginnt. Die imperialistische Entwicklung hat sie jedoch dazu gezwungen. Die Kriegsgefahr ist ja nichts anderes als das Ergebnis des mit allen Mitteln der Staatsgewalt geführten Konkurrenzkampfes der großen Raubmächte um den Besitz und die Ausplünderung der Welt. Um in ihm zu siegen, setzen die herrschenden Klassen aller Länder an den Ausbau der organisierten Staatsgewalt den letzten Hauch ihrer Kraft. Die kommenden Vorlagen des deutschen Militarismus sind insofern epochemachend, als sie die welthistorische Stunde einläuten, in der der stärkste Militärstaat der Welt diesen letzten Hauch seiner Kraft einsetzt. Mit der Bewaffnung des letzten waffenfähigen Mannes hat die Entwicklung des deutschen Militärstaates eine Stufe erreicht, über die hinaus es nicht mehr geht. Die allgemeine Wehrpflicht ist unter dem Zwange der weltwirtschaftlichen Ereignisse Tatsache geworden. Was gerade just vor hundert Jahren als vorübergehendes Zwangsgesetz des Krieges sich durchsetzte, die Scharnhorstsche Idee der allgemeinen Wehrpflicht, ist jetzt zum dauernden Zwangsgesetz des Friedens geworden.

Damit aber hat die Entwicklung des stehenden Heeres selber die Grundlage seines Gegenteils, nämlich der Volkswehr, geschaffen. Die Durchführung des Scharnhorstschen Gedankens der allgemeinen Wehrpflicht ist die erste und wichtigste Voraussetzung des Wehrsystems, das die Sozialdemokratie verlangt. Freilich tritt sie uns in kapitalistischer, das heißt widerspruchsvoller Form entgegen. Die allgemeine Wehrpflicht, an sich die Durchführung der allgemeinen Wehrhaftigkeit des Volkes, bildet in ihrer kapitalistischen Form die Durchführung der allgemeinen Wehrlosigkeit der unterdrückten Klassen. An sich die Sicherung politischer Freiheit und Gleichheit, hebt die allgemeine Wehrpflicht in ihrer kapitalistischen Form die politische Versklavung der Massen und die sozialen Gegensätze der Gesellschaft auf ihre höchste Höhe. Ihrem Wesen nach ist die allgemeine Wehrpflicht unvereinbar mit einer auf sozialer Unterdrückung beruhenden Gesellschaft. Es gilt, die kapitalistische Form der allgemeinen Wehrpflicht zu sprengen, um das Wehrsystem der Sozialdemokratie, die Volkswehr, zu erlangen.

Indem der Militarismus nunmehr ohne jede Ausnahme die allgemeine Wehrpflicht organisieren will, organisiert er in Wahrheit nur den allgemeinen Antimilitarismus. Je mehr er gezwungen ist, alle Schichten der ausgebeuteten Klassen in das Heer aufzunehmen, desto deutlicher tritt zutage, daß dieses Heer nur ein Instrument gegen die ausgebeuteten Klassen ist. Je mehr das Heer seiner Zusammensetzung nach das Volk in Waffen wird, desto deutlicher wird es seinem Zwecke nach der Klassenstaat in Waffen. So tritt dieses System der allgemeinen Wehrpflicht unter der kapitalistischen Form immer schroffer mit sich selber in Widerspruch und entfacht immer mehr den allgemeinen Widerstand, der um so gewaltiger sich steigern muß, je gewaltiger die Lasten dieses widerspruchsvollen Systems sich steigern. Hier ist es nun die Aufgabe der Sozialdemokratie, den demokratischen Inhalt dieses Wehrsystems, die allgemeine Wehrpflicht, dieses wichtige Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung, zu erhalten und ihre antidemokratische Hülle zu zerreißen. Die objektiven Grundlagen der Volkswehr sind da. So entwickeln wir an Stelle des heutigen Militarismus nicht ein willkürlich erfundenes neues Wehrsystem, sondern wir knüpfen, wie allenthalben, an die Ergebnisse der geschichtlichen Entwickelung an und zeigen den Massen, daß der Kampf gegen das stehende Heer und für die Volkswehr nichts anderes ist, als der Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus. Ebenso wie auf wirtschaftlichem Gebiet der Kapitalismus die objektiven Bedingungen für die sozialistische Gesellschaftsordnung legt, genau so auch auf militärischem Gebiete. Worauf es jetzt ankommt, ist, diese objektiven Bedingungen auch zu subjektiven zu machen, das heißt, den praktischen Kampf um das theoretisch erkannte Ziel zu organisieren und die Massen mit der sicheren Erkenntnis zu erfüllen, daß sie nicht um klüglich oder kläglich spintisierte Hirnwebereien kämpfen, sondern um eine Aufgabe, zu dessen glücklicher Lösung die geschichtliche Entwicklung selber bereits alle Bedingungen geliefert hat.

Den Vorstoß des deutschen Militarismus hat die deutsche Sozialdemokratie mit einem entschlossenen Gegenstoß zu beantworten. Heißt es drüben: Ausbau des stehenden Heeres, so ruft es hüben: Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!

Politische Rundschau

Deutschland.

Zum Landtagswahlkampf in Preußen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, sowie der geschäftsführende Ausschuß der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens erläßt aus Anlaß der am 16. Mai stattfindenden Urwahlen zum Dreiklassenparlament einen Aufruf an das werktätige Volk in Preußen, dem wir folgendes entnehmen:

Erst seitdem sich die Sozialdemokratie an den preußischen Landtagswahlen beteiligt, seitdem der Masse der Wähler zum Bewußtsein gebracht worden ist, wie rechtlos sie in Wirklichkeit ist — erst seit dieser Zeit kann von einem Wahlrechtskampfe gesprochen werden. Dieser Wahlrechtskampf hat von Jahr zu Jahr größeren Umfang angenommen und ist nicht erfolglos gewesen.

Sogar der König von Preußen hat sich von der Unhaltbarkeit des preußischen Wahlrechts überzeugen müssen. In der Thronrede vom 20. Oktober 1912 hieß es wörtlich:

„Es ist mein Wille, daß die ..... Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.“

Es ist gewiß beachtenswert, wenn sogar der König von Preußen die Notwendigkeit einer Wahlreform erkennt und in feierlicher Stunde erklärte, es sei sein Wille, daß das Wahlrecht fortentwickelt werden müsse. Wilhelm II. hat indessen nicht zum ersten Male seinen bestimmten Willen kundgegeben, ohne daß er imstande gewesen wäre, ihn zu verwirklichen. Stärker und mächtiger als selbst ein preußischer König sind die preußischen Junker. Sie haben den vom König nachdrücklich und feierlich versprochenen Mittellandkanal ebenso glatt abgelehnt, wie sie die von ihm versprochene Fortentwicklung des Wahlrechts bisher verhindert haben und weiter zu verhindern bemüht sein werden.

Die politische Macht der Junker und des Zentrums beruht aber in Preußen und damit für das Deutsche Reich auf dem preußischen Wahlsystem. Die Erbärmlichkeit dieses Systems im einzelnen zu erörtern, ist hier nicht am Platze, nur an eine Tatsache soll erinnert werden: es erhielten bei der letzten Wahl 1908 die Freikonservativen für rund

64 000 Stimmen = **60** Mandate,

die Sozialdemokratie dagegen trotz ihrer

600 000 Stimmen nur **6** Mandate.

Das Zentrum, die Konservativen und die Freikonservativen, die bei einem gleichen Wahlrecht insgesamt höchstens 161 Mandate besitzen würden, verfügen jetzt mit 316 Mandaten über die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhause. Und sie nützen diese Mehrheit in rücksichtsloser Weise aus.

Sie haben die Schule der Kirche untergeordnet; sie haben die Lehrer an die Ketten der Geistlichkeit gelegt; sie haben die Beamten und Unterbeamten in das denkbar unwürdigste Abhängigkeitsverhältnis gebracht, ihnen das Recht auf Betätigung einer selbständigen Überzeugung geraubt; sie haben den Hunderttausenden von Arbeitern in Staatsbetrieben sogar die Rechte genommen, die allein anderen Arbeitern für Aufbesserung ihrer Lebenshaltung zustehen.

Im Klasseninteresse der Besitzenden arbeitet die schwarzblaue Mehrheit des Landtages auf allen Gebieten selbstsüchtig und volksfeindlich. Sie vernachlässigt die elementarsten Pflichten sozialer Fürsorge gegenüber den Arbeitern und Beamten der Eisenbahnen, des Bergbaues, der Land- und Forstwirtschaft, sowie auf den Gebieten der Armen- und Waisengesetzgebung und des Wohnungswesens.

Die verkehrsfeindliche Junkerpolitik und das fiskalische Streben nach Überschüssen hemmen die Fortentwicklung des Verkehrswesens. Beim Steuerwesen begünstigt die schwarzblaue Mehrheit die schamloseste Drückebergerei der besitzenden Klassen, besonders aber der ostelbischen Großgrundbesitzer, während sie den letzten Pfennig des Arbeitsmannes zur Steuer heranziehen.

Die ganze Staatsverwaltung, das Gerichts-, Polizei- und Gefängniswesen wird von ihr in den Dienst der Herrschenden zur Unterdrückung des Volkes gestellt. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird immer mehr zu erdrosseln versucht und dadurch die gesunde Entwicklung der Gemeinden unterbunden. Darunter leidet nicht nur Preußen selbst, **das ganze Reich ist abhängig von dem Junkerstaate Preußen.**

Unerschrocken und unermüdlich kämpfte dagegen die kleine Fraktion der Sozialdemokratie für die wahren Volksinteressen. Alle ihre Mühen scheiterten an dem brutalen Verhalten der Mehrheit, die ihre Existenz lediglich dem „elendesten aller Wahlsysteme“ verdankt. Unser Ziel ist es, diese Mehrheit zu beseitigen. Deshalb müssen im Wahlkampfe alle Kräfte angespannt werden, um unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Der Wahlkampf fällt in eine schicksalsschwere Zeit. Die Teuerung wirkt noch in voller Kraft und wird verschärft durch die Kriegsgefahr, die ganz Westeuropa seit vielen Monaten bedroht. Die Kriegshetzer und Kriegsinteressenten sind eifrig und erfolgreich am Werke gewesen, um die Verbündeten Regierungen zu einer neuen Heeresvorlage zu treiben, die in ihren Forderungen alles übertrifft, was bisher dem deutschen Volke jemals zugemutet

worden ist. Neue schwere Steuerlasten sind die unausbleiblichen Folgen der Heeresvergrößerung. Die wachsende Unzufriedenheit der Volksmassen soll erstickt werden durch höfische Festlichkeiten.

Männer und Frauen des werktätigen Volks! Beweist, daß Ihr den Ernst der Zeit erkannt habt; zeigt, daß Ihr nicht gewillt seid, Euch täuschen zu lassen. Beweist vielmehr, daß Ihr gewillt seid, zu kämpfen!

Bereitet den Wahlrechtskampf vor! Schließt Euch den sozialdemokratischen Organisationen an! Werbt für diese Organisationen! Verbreitet die sozialdemokratischen Flugschriften und werbt Leser für die sozialdemokratische Presse!

Wuchtig muß der Wahlrechtskampf einsetzen, mit Entschlossenheit und Opferwilligkeit muß er durchgeführt, siegreich muß er beendet werden!

An die Arbeit, Genossen und Genossinnen, mit dem alten Kampfruf: **„Es lebe die Sozialdemokratie!“**

Junkerpreußen, Steuerdemagogie und Sozialistenbekämpfung.

Auf dem konservativen Parteitage, der nichts anderes als eine Agitationsversammlung war, bildete den Schlußeffekt der Schlachtruf des Abg. v. Heydebrand: Für das Preußentum, wider Liberalismus und Sozialdemokratie! Wuchtig schleuderte der ungekrönte König von Preußen die Worte in den Saal: „Das Preußentum ist das Rückgrat des Deutschen Reichs und Preußen in seiner Eigenart ist der festeste Schutz gegen den Liberalismus des ganzen Reiches. Das ist's auch, was wir im preußischen Wahlrecht zu verteidigen haben.“ Um aber nicht von vornherein die Propaganda für dieses Preußentum zu erschüttern, warnte v. Heydebrand vor einer Opposition gegen die einmalige Steuer, wie sie bereits in konservativen Blättern zutage getreten ist, er warnte auch davor, neuen Streit in die konservativen Reihen zu tragen. „Es wäre Vaterlandsverrat, wenn den Forderungen der Regierung die Zustimmung versagt würde, und es ist selbstverständlich, daß wir die Opfer an Gut, die von uns verlangt werden, leisten müssen. Lassen Sie die Bedenken dagegen nicht zu laut werden! Die konservative Partei wird in dieser Not des Vaterlandes die notwendigen Opfer bringen! Es darf deshalb auch kein neuer Streit in die Partei gebracht werden, sondern diese muß wie ein Mann auf dem Schlachtfelde stehen!“

Das waren die Worte Heydebrands, und dann ging er mit Volldampf zur Bekämpfung der Sozialdemokratie über, wobei er selbstverständlich die Zustimmung der versammelten Landwirte, Junker und sonstiger Sozialistenfresser hatte, besonders als er ihnen zurief: „Wo soll es enden, wenn alle Begriffe von Treue, Fleiß, Tüchtigkeit, Anhänglichkeit nach und nach zerstört und zerbröckelt und die edelsten Regungen mehr und mehr unterdrückt werden? Wo soll es enden, wenn alle Reden dieser Parteivertreter nur auf Erregung von Unzufriedenheit und Agitation abgestimmt sind? Wird nicht der Tag kommen, an dem eine furchtbare Abrechnung bevorsteht? Haben Sie die Empfindung, daß man an den Stellen, die dazu berufen sind, von der Erkenntnis der Sachlage so durchdrungen ist, wie es sein sollte? (Zurufe: Nein, Nein!) Haben Sie die Empfindung, ob die rücksichtslose Entschlossenheit und Kraft, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, an diesen leitenden Stellen vorhanden ist? (Wiederholte Zurufe: Nein, Nein!) Das ist bedauerlich! Es könnte hoffnungslos stimmen, wenn nicht unsere Partei in diesem Kampfe die Fahne vorantragen würde. Wenn niemand anders für die bürgerliche Gesellschaft, für Kultur und Menschlichkeit, für einen gesunden Fortschritt eintritt, dann werden wir es tun! (Langanhaltender Beifall.) Wir wollen stehen wie der Fels im Meer in dieser gärenden, führerlosen Zeit, so daß man auf die sieht, die wissen, was sie wollen. Wir haben den Mut und die Hoffnung auf einen Sieg. Wenn niemand anders da ist, um eine Entscheidung herbeizuführen, um Rettung und Hilfe zu bringen, so muß das unsere Pflicht sein!“

Obwohl bei diesen Worten, wie bei jeder Sozialistenbekämpfung die versammelte Junkerschaft stark begeistert war, lag über dem konservativen Parteitag im allgemeinen nichts weniger als Enthusiasmus und Kampfesstimmung. So manchen Teilnehmer werden die Paukenschläge, die zum Kampfe gegen Liberalismus und Sozialismus aufforderten, und auch die verzapften antisemitischen Mätzchen nicht über den Schmerz hinweggetröstet haben, der ihnen durch die Deckung der einmaligen Kosten der Heeresvorlage verursacht wird. So mancher Teilnehmer wird die Zeit herbeigesehnt haben, da er an die gedeckte Mittagstafel eilen konnte. Darum wird die Sozialdemokratie auch dem Kampfe, der ihr von jener Seite von neuem angesagt worden ist, furchtlos entgegensehen.

Judenaustausch.

Unter dieser geschmackvollen Ueberschrift bringt die „Germania“ in Nr. 118 eine auch in andere bürgerliche Blätter übergegangene Zuschrift, die angeblich aus Frankfurt a. M. kommt und sich mit der Wahl des Genossen Schmidt in den Frankfurter Magistrat befaßt. Nach dieser Zuschrift an das ultramontane Blatt soll zwischen der sozialdemokratischen und fortschrittlichen Fraktion der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vereinbart worden sein, daß die Fortschrittler für Schmidt und die Sozialdemokraten bei der bevorstehenden Wahl des zweiten Bürgermeisters für den Fortschrittler Dr. Heilbrunn eintreten. Da Schmidt und Heilbrunn beide Juden sind, ist für die „Germania“ und die ihr geistesverwandten Blätter der Judenaustausch fertig. Die ganze Geschichte aber ist natürlich unwahr. Der von der „Germania“ als sehr zuverlässig bezeichnete Frankfurter, der ihr diesen Bären aufgebunden hat, müßte wissen, daß zurzeit der Wahl des Genossen Schmidt kein Mensch an die Bewerbung Dr. Heilbrunns um den Posten des zweiten Bürgermeisters gedacht hat und daß vor allen Dingen die Sozialdemokratie bei dem Auftauchen der Kandidatur Heilbrunn — vor ungefähr 5 Tagen — sich sofort unzweideutig und in außerordentlich schärfer Weise gegen die Wahl Dr. Heilbrunns zum zweiten Bürgermeister ausgesprochen hat und daß sie keinesfalls für Dr. Heilbrunn stimmen wird, dessen Wahl auch nicht, wie die „Germania“ schreibt, sicher, sondern mehr als unsicher ist.

Der hessische Landtag für die Simultanschule.

Die Zweite Kammer des hessischen Landtages nahm einen sozialdemokratischen Antrag auf Beseitigung der wenigen noch vorhandenen Konfessionsschulen und durchgängige Einführung der Simultanschule in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 12 Stimmen an. Für die Beibehaltung der Konfessionsschule stimmten geschlossen das Zentrum und die Mehrzahl der Bauernbündler, sowie der Nationalliberale Dr. Winkler.

Ueber die Steuerpläne

weiß die „Militärisch-Politische Korrespondenz“ zu berichten, daß die mittleren Bundesstaaten mit ihrem Widerstande gegen die von Preußen vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer durchgedrungen seien. Den stärksten Widerstand gegen diese Steuer hätte Sachsen geleistet. Nach Wegfall der Vermögenssteuer sollen die neuen Besitzsteuern, die gegenwärtig im Reichsschatzamt die Form von Gesetzesvorschlägen erhalten sollen, bestehen in Stempelabgaben, Luxussteuer und Börsensteuer. Wie die Stempelabgaben und die Börsensteuer im einzelnen beschaffen sein soll, wird in der Korrespondenz nicht mitgeteilt. Dagegen wird versichert, daß ein Spiritus-Monopol, von dem die Rede war, nicht geplant sei.

Jeder ein Agitator!

Ist das möglich, daß jeder Arbeiter seiner Partei ein Agitator sein kann? Gewiß! Und jeder Arbeiter sollte es auch sein. Freilich ist nicht jeder in der Lage, als Redner aufzutreten; nicht jeder ist imstande, das in freier Rede in einer vielköpfigen Versammlung zum Ausdruck zu bringen, was sein Inneres bewegt.

Auch schriftstellerisch können sich die wenigsten Arbeiter betätigen, die Schulbildung, die den Kindern des werktätigen Volkes zuteil wird, reicht dazu nicht aus. Was auf der einen Seite zu viel — an Gesangbuchversen, Bibelsprüchen und biblischen Geschichten — geboten wird, muß an andern Fächern gekürzt werden. Und wie wenig Arbeitern ist es vergönnt, sich selbst weiter zu bilden!

Trotzdem kann sich jeder Arbeiter seiner Partei nützlich machen, kann jeder klassenbewußte und zielklare Proletarier seine Ideen propagieren: Was der einzelne nicht vor Hunderten in öffentlicher Versammlung sagen oder vor Tausenden in einer Zeitung schreiben kann, das vermag er einem, zweien oder dreien seiner Kameraden auseinanderzusetzen. Und das kann täglich geschehen. Hunderte von Vorkommnissen bieten Tag für Tag Gelegenheit, auf die Ursachen der Not hinzuweisen, die Hunderttausende bedrückt.

Neben dieser unaufhörlichen Agitation von Mann zu Mann kann der einzelne auch seiner Partei dadurch nützen, daß er fortgesetzt für die Verbreitung des Parteiblattes wirkt. Die Agitation durch die Parteipresse ist die erfolgreichste und deshalb ist auch die Agitation für die Parteipresse eine vornehme Pflicht jedes Gesinnungsgenossen. Wer jemals Abonnent eines sozialdemokratischen Blattes gewesen ist, der weiß die Bedeutung dieser schneidigen Waffe des Proletariats zu würdigen und begreift auch die Wut der gegnerischen Presse.

Jeder sei Agitator!

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Eine Korrespondenz meldet:

Nachdem der Kaiser soeben die vom Bundesrat getroffene Wahl des bayerischen Oberlandesgerichtsrats Dr. Rothgangel zum Mitglied des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bestätigt hat, ist das Direktorium in bezug auf seine beamteten Mitglieder nunmehr vollzählig. Es besteht aus dem Präsidenten Koch und vier Mitgliedern; dem Geheimen Oberregierungsrat Beckmann und den Geheimen Regierungsräten Lehmann, Hänel und Rothgangel. Dazu treten noch nach den Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes vier ehrenamtliche Mitglieder, je zwei Vertreter der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Diese nichtbeamteten Mitglieder mit acht Ersatzmännern werden am 4. April d. J. in der ersten Sitzung des Verwaltungsausschusses gewählt werden. Die Wahl gilt für sechs Jahre. An höheren Beamten hat die Reichsversicherungsanstalt gegenwärtig noch neun Regierungsräte. Die Stellen für drei weitere Regierungsräte sind bereits bewilligt, aber noch nicht besetzt. Sobald die Wahlen am 4. April zum Abschluß gebracht sind, verfügt die Reichsversicherungsanstalt über ihre sämtlichen Organe. Diese sind das Direktorium, der Verwaltungsrat, die Rentenausschüsse und die Vertrauensmänner.

Nationalliberaler Umfall.

Die Nationalliberalen, die noch im vorigen Jahre im Reichstage dafür stimmten, daß unter den vorzulegenden Besitzsteuern eine Erbschaftssteuer sein muß, haben anscheinend auf die Erbanfallsteuer bereits verzichtet. Wenigstens konnte man das aus einer Auslassung der partei-offiziösen „Nationalliberalen Korrespondenz“ schließen. Nun kommt noch die „Altnationalliberale Korrespondenz“ des Herrn Fuhrmann und sucht diesen Verzicht wie folgt zu bemänteln:

„Das bedeutet nicht den Verzicht auf diese Steuer, wohl aber den Verzicht auf Rechthaberei um jeden Preis. Es ist das ein Opfer und doch wieder keins. Die Zeiten sind vorüber, wo eine Partei ihre Macht durch das rücksichtslose Eintreten für eine ganz bestimmte Besitzsteuer zu vermehren hoffen konnte. Wählerstimmen, Versammlungserfolge, Begeisterung für den Kampf gegen die Konservativen kann man heute durch stürmische Propaganda für eine bestimmte Steuer — wenigstens in bewußt nationalen Kreisen — nicht gewinnen. Das sind jetzt „olle Kameilen“.“

In der Theorie sind also die Nationalliberalen unbedingt für die Erbanfallsteuer, nur in der Praxis wollen sie nichts mehr davon wissen.

Ein Hereinfall der Nationalliberalen.

Der Bund der vaterländischen Arbeitervereine (Organisation der Gelben) hat der nationalliberalen Fraktion die Aufforderung zugeschickt, im Reichstag für ein Arbeitswilligenschutzgesetz einzutreten. Es handelt sich insbesondere darum, die Nationalliberalen zu veranlassen, für die konservative Resolution, die den Erlaß eines Streikpostengesetzes verlangt, zu stimmen. Der Bund der Vaterländischen erhielt denn auch von dem Geschäftsführer der nationalliberalen Fraktion, Abg. Beck, ein Schreiben, laut dessen die nationalliberale Fraktion dem Wunsch der Vaterländischen durch ihre Abstimmung über die Frage stehende Resolution entsprochen habe. Tatsächlich aber stimmten die Nationalliberalen mit zwei Ausnahmen gegen die Resolution und die Vaterländischen waren nun empört über den Täuschungsversuch. Auf ein neuerliches Schreiben an die nationalliberale Fraktion wurde dann zugestanden, daß die erste Mitteilung auf einem „Irrtum beruhte“. — War es wirklich nur ein Irrtum, oder glaubten die Nationalliberalen, auch die Vaterländischen auf so billige Weise ködern zu können?

Balkan.

Die Kriegslage. Griechische Truppen haben die Insel Samos besetzt. Der Fall Skutaris und Adrianopels wird wieder einmal täglich erwartet.

In der bulgarischen Sobranje plädierte der einzigste Sozialdemokrat mit allem Nachdruck für die baldige Beilegung des Krieges, fand aber bei den Bürgerlichen wenig Gegenliebe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 17. März.

„Wohltäter der Menschheit“. Hat schon jemals in Lübeck irgend jemand einen Anlaß gehabt zu der Annahme, daß unsere herrschenden Klassen die minderbemittelten Bevölkerungsschichten anders als Objekte der Gesetzgebung betrachten? Sicherlich nicht. Auch in fast allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, welche die Arbeiter Lübecks um eine ausreichende Existenz zu führen gezwungen waren, standen ihnen die Behörden, das Unternehmertum und die anderen Korporationen und Personen gegenüber, die in der Unterdrückung der modernen Arbeiterbewegung eine ihrer Hauptaufgaben sehen. Wenn in Lübeck gegenwärtig ein schmähliches Wahlunrecht zur Bürgerschaft viele Tausende fleißiger Bürger des ihnen gebührenden Einflusses auf die Gesetzgebung und Verwaltung unseres Staates beraubt, so tragen jene maßgebenden Kreise gleichfalls die Schuld an diesem traurigen Zustande. Nun ist es interessant zu beobachten, wie diese Feinde des werktätigen Volkes sich jetzt zur Veränderung einmal als Wohltäter der von ihnen entrechteten Volksschichten aufspielen möchten. Den Anlaß zu der Komödie von den „Wohltätern der Menschheit“, welche man hier in Lübeck aufzuführen gedenkt, gibt die Tatsache, daß die Genossenschaften und die freien Gewerkschaften Deutschlands eine große Volksversicherung „Volksfürsorge“ ins Leben rufen wollen, die auf breitester und demokratischer Grundlage aufgebaut sein wird und einem Bedürfnis weiter Volksschichten entspricht. Diese gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge hat unseren „staatlichen Behörden, denen wirtschaftliche Betriebe unterstellt sind, und anderen Interessenvertretungen“ einen heillosen Schrecken eingejagt und so traten sie denn am 23. Februar auf Veranlassung des Polizeisenators Dr. Neumann, der besonders dafür bekannt ist, daß er unsere Bevölkerung mit verschiedenen Maßen mißt, zu einer Versammlung zusammen, in der man andauernd und intensiv über Maßnahmen brütete, mit denen man den Plan der organisierten Arbeiter durchkreuzen könnte. Endlich fand ein Schlaukopf die geniale Idee: man wollte einen „Verein für Volksversicherung“ gründen und den Arbeitern vormachen, dieser Verein sei der richtige und dazu gegründet, ihnen ein Berater und Helfer zu sein. Hat man wirklich geglaubt, daß einsichtige Leute auf den Leim gehen würden? So lange die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge noch nicht beschlossen war, war es den Hintermännern des „Vereins für Volksversicherung“ völlig gleichgültig, ob die minderbemittelten weiten Schichten unseres Volkes eine ausreichende Fürsorge für ihre Hinterbliebenen hatten oder nicht; da haben sie niemals die wirtschaftlich Schwachen zur Selbsthilfe ermahnt. Aber jetzt, da sie erkennen müssen, daß die moderne Arbeiterbewegung eine neue für das werktätige Volk segenbringende Institution ins Leben rief, möchten jene Herren so von hinten herum unter dem Deckmantel eines vertrauenerweckenden Namens Geschäfte machen. Zu dem Zwecke legen sie gestern den „Lübeckischen Blättern“ ein Zirkular bei, das nur so von Volksfreundlichkeit trieft und in dem schließlich zum Eintritt in den „Verein für Volksversicherung“ aufgefordert wird. Mit einer gewissen Offenheit wird darin übrigens der Hauptzweck der Vereinigung angedeutet:

„Der Verein für Volksversicherung Lübecks heißt jeden willkommen ohne Unterschied der Konfession und Partei, er ist weder ein konfessionelles noch politisches Unternehmen. Es ist bekannt, daß der Versuch gemacht wird, die Volksversicherung als politisches Propagandamittel auszuschlachten. Demgegenüber will der Volksversicherungsverein Lübeck, frei von jeder politischen Tendenz, nur dem wirtschaftlichen Wohle seiner Mitglieder dienen."

In diesen beiden Sätzen wird klar ausgesprochen, daß der Verein für Volksversicherung nicht gegründet wurde, um Interessen der breiten Volksmassen zu dienen, sondern um der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge, von der fälschlich und ohne Beweis behauptet wird, daß sie als politisches Propagandamittel ausgeschlachtet werden soll, entgegenzuwirken. Es ist notwendig, das besonders hervorzuheben, damit die Arbeiter genau wissen, was sie vom Verein für Volksversicherung zu halten haben. Dieser Verein bezweckt nämlich genau das gleiche, wie der berühmte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Um den Gimpelfang wirksamer betreiben zu können, operiert man obendrein mit der Angabe, daß Vertreter von Angestellten- und Arbeiterorganisationen an der Gründung des Vereins beteiligt gewesen seien. Demgegenüber möchten wir jedoch ausdrücklich feststellen, daß Vertreter irgend einer nennenswerten Arbeiterorganisation nicht an der Gründung teilgenommen haben. Das bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung. Die Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibenden, „die das Gefühl des Selbstvertrauens und der Kraft in sich fühlen," „die aus eigener Kraft zur Sicherstellung ihrer Person und der Ihren und zum Aufstieg der Familie beitragen wollen," sind nicht so töricht, daß sie bei denen auf Unterstützung rechnen, die sie wirtschaftlich unterdrücken und politisch entrechten, sondern sie werden klug handeln und eintreten in die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge, die in ihrem Interesse gegründet ist.

Wie die Agitation für diesen „Verein für Volksversicherung" betrieben wird, dafür ein Beispiel. Ein Mädchen wurde dieser Tage in einer Vormundschaftssache nach der Rechtsauskunftsstelle gegen die Sozialdemokratie, Abteilung Berufsvormundschaft, geladen. Als es seine Angelegenheit erledigt hatte, bemühte sich der auskunfterteilende Beamte eifrig, das Mädchen zu veranlassen, doch dem Verein für Volksversicherung beizutreten, dessen Leistungen er über den Schellendaus pries. Wenn das Mädchen seinem Werben kein Gehör schenkte, so lag das nicht an der Agitation des sonderbaren Berufsvormundschaftsberaters, sondern an der Einsicht des Mädchens. Uns drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Ist denn der Beamte der Berufsvormundschaft im Nebenamt Versicherungsagent, angestellt vom „Verein für Volksfürsorge"? Und weiter: Ist das Stadt- und Landamt, dem bekanntlich Senator Dr. Neumann vorsteht, damit einverstanden?

Die Gelbsucht tritt in den liberalen „Lübecker Nachrichten" am Sonnabend in geradezu besorgniserregender Weise auf. Das Blatt bringt über die „Versammlung der 25" im Bürgerverein einen länglichen Bericht, in dem es seine eigene Meinung zur Sache wie folgt darlegt: „Immerhin begrüßen auch wir die nationalen Bestrebungen der Werkvereine. Auch wir freuen uns, daß ein nicht kleiner Teil unserer Arbeiter sich das Vaterland nicht rauben lassen will und des sozialdemokratischen Terrors in den freien Gewerkschaften müde ist. Die nationale Arbeiterbewegung hat anscheinend auch gute Aussichten auf weitere Erfolge, denn immer mehr sieht man auch in den Arbeiterkreisen ein, daß eine starke Sozialdemokratie den inneren Frieden ausschließt und daß wir in unserer geographischen und politischen Lage dieses Gut noch weit notwendiger als andere Völker nötig haben. Die Bestrebungen nach Abkehr der Arbeitermassen von der Sozialdemokratie haben gewiß etwas Gutes und Lobenswertes an sich. Ist diese nämlich erst erfolgt und sieht unser deutsches Unternehmertum sich einer Arbeiterwelt gegenüber, vor der es nicht einfach als Schmarotzerpflanze, sondern als gleichberechtigter, führender Produktionsfaktor neben dem ausführenden betrachtet wird — dann wird es freudig sicher die Hand zur Versöhnung im sozialen Krieg reichen. Die nationale Arbeiterbewegung muß gekräftigt werden. Das ist auch unsere Ansicht." — Wie die „nationalen Bestrebungen" der gelben Werkvereine, die dazu bestimmt sind, den schwer um eine ausreichende Existenz ringenden Arbeiterinnen den Rücken zu fallen, in Lübeck bewertet werden, zeigt der erbärmliche Besuch der Propagandaversammlung am Freitag, um die sich sogar der Hansabund bemüht hatte. Weitere ähnliche „Erfolge" dürften ihnen überall dort beschieden sein, wo eine aufgeklärte und anständige Arbeiterbevölkerung dominiert. Der Liberalismus aber, der sich zum Schutzpatron der Gelben aufwirft und sie begrüßt, ist ihrer würdig. Was es mit den „guten Aussichten" der „nationalen Werkvereine" auf sich hat, kann man sogar aus der reaktionären Zeitung „Das Reich" entnehmen, die am 14. Juli 1910 schrieb: „Diese gelbe Bewegung stagniert trotz der sehr reichlichen Zuschüsse, die die Großindustriellen dafür ausgeben, und gegen die Sozialdemokraten nützte sie rein gar nichts, derweilen eine solche charakterlose Bewegung keine Persönlichkeiten erzieht, sondern Mammonsseelen, die dahin laufen, wo ihnen der meiste materielle Vorteil winkt." Und diese charakterlose Bewegung, die Mammonsseelen erzieht, wird von hiesigen „Liberalen" begrüßt! Weiterer Kommentar ist überflüssig.

Das Lübecker Seeamt hatte sich, wie Hamburger Blätter berichten — in Lübeck wird der Termin der Seeamtsverhandlungen aus unbegreiflichen Gründen streng geheim gehalten — mit der Strandung des der Reederei Horn gehörenden Dampfers „Euphemia", Kapitän Voß, zu beschäftigen. Der Dampfer war am 5. August v. J. bei Norrskär im Bottnischen Meerbusen gestrandet. Der Dampfer hatte in Stettin Kartoffeln geladen, die vom Vorder- nach dem Hinterschiff gebracht wurden, worauf die „Euphemia" freikam und nach Stockholm ins Dock ging. Nach dem Spruch des Seeamts ist die Strandung dadurch verursacht, daß die „Euphemia" auf ihrer Fahrt zwischen dem Feuerschiff Storbotten und der Strandungsstelle nach Osten abgetrieben ist und daß sie eine größere Strecke zurückgelegt hatte, als Kapitän Voß nach dem Logg annahm. Der Kapitän habe insofern nicht ausreichend vorsichtig gehandelt, als er sich zu sehr auf sein Besteck verließ. Auch habe er unterlassen, bei dem eingetretenen Nebel zu stoppen, auf das Nebelsignal von Norrskär zu hören und mehrfach zu loten.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Febr. 1913. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 31. Januar 1913 100 924 Einwohner. Im Februar kamen 51 durch Geburtenüberschuß hinzu, dagegen 81 durch Wanderung in Abgang, sodaß unsere Einwohnerzahl sich um 30 verminderte und am 28. Februar 1913 100 894 (99 939) betrug. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1912); es betrug die Zahl der

	Summe		auf 1000 Einwohner	
Eheschließungen	47	(44)	6,07	(5,56)
Geburten	180	(186)	23,23	(23,62)
Sterbefälle	129	(164)	16,65	(20,72)

Die Eheschließungen nahmen also gegen das Vorjahr um 3 zu, die Geburten dagegen um 6 und die Sterbefälle um 35 ab. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung belief sich danach auf 51 (22) Köpfe. Unter den Geborenen waren 22 oder 12,22 Prozent (23 oder 12,37 Prozent) unehelich und 7 oder 3,88 Prozent (8 oder 4,30 Prozent) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 25 (26) Fällen auf unter 1 Jahr und in 35 (49) Fällen auf über 70 Jahre. Todesursachen waren in 16 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 12 Lungenentzündung, in 14 Krebs und in 11 Krankheiten der Atmungsorgane. Ansteckende Krankheiten rafften 6 Personen dahin, davon starben 2 an Keuchhusten und je 1 an Kindbettfieber, Scharlach, Masern und Diphtherie. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 121 gemeldet, 60mal Masern, 36mal Scharlach, 22mal Diphtherie, 2mal Typhus und 1mal Wochenbettfieber. Gewaltsamen Todes starben 8 Personen und zwar 3 durch Selbstmord, 3 durch Mord und 2 durch Verunglückung. Die Wanderungsbewegung endete mit dem Verlust von 81 Personen; 1408 Zuzügen standen 1489 Abzüge gegenüber.

b. **Vor der dritten Strafkammer** hatten sich am Sonnabend zwei Russen wegen Diebstahls zu verantworten. Diese beiden waren Speckliebhaber. Nach einer Geburtstagsfeier brachen sie mitten in der Nacht an einem passenden Ort ein, schlugen mit dem Knüppel von der Decke eine Speckseite herunter und hängten im Vorbeigehen auf der Diele die andere Hälfte ab. Die schmackhafte Räucherware hätte, ein gutes Stückchen Schwarzbrot dazu, für manchen Tag ein schönes Frühstück abgegeben, wenn nicht in der Wallstraße ein Schutzmann sich danach erkundigt hätte, wo die Ware „gekauft" sei. Der jüngere aus dem Reiche der Romanows, dem etwas herzhafte Kost am nötigsten getan hätte, ließ den Speck im Stich und suchte das Weite, während der andere festgenommen wurde. 5 und 4 Monate Gefängnis soll nun die Strafe sein für den Raub im Werte von 54 Mark. — Der Arbeiter Sch. benutzte die beschäftigungslose Zeit dazu, von einem großen Petroleumfaßlager zwei Fässer zu stibitzen, sie für 8 Mark zu verkaufen und das Geld in angenehmer Gesellschaft im Nu auf den Kopf zu hauen. Nachdem Sch. dieser Sorge ledig, holte er noch einmal zwei Fässer, wurde aber beim Versuch, diese zu verschachern, festgenommen. Da Rückfallsdiebstahl in Betracht kommt, lautet das Urteil auf 8 Monate Gefängnis. — Einen gemeinsamen Einbruchsdiebstahl begingen zwei aus Hamburg zugereiste Arbeiter N. und T. Sie erbeuteten ein Jackett, Paletot, Revolver und Patronen, waren aber so anständig, die vorhandene volle Zigarrenschachtel nicht ganz zu leeren. Zwanzig Stück konnten sie nur unterbringen. T. besuchte noch den Dampfer „Afrika", wo er aus der Kajüte einem Maschinisten verschiedenes entwendete. Auch an einem Herbergsdiebstahl war er beteiligt. Es handelte sich um ein Paar Damenstiefel, deren Erlös damals in drei Teile ging. Urteil: N. wegen Rückfall 1 Jahr 3 Monate, T. 7 Monate Gefängnis. — 14 junge Lübecker, die der Gestellungspflicht zum Militär nicht genügten, wurden in Abwesenheit zu je 160 Mark Geldstrafe oder 16 Tagen Gefängnis verurteilt. — Eine gewagte Behauptung gegen die Arbeiterschaft stellte der Fahrradhändler St. vor Gericht auf, der wegen Konkursvergehens angeklagt war. Er begründete seinen Konkurs erstens mit dem furchtbaren Niedergang des Fahrradgewerbes und zweitens damit, daß die Arbeiterschaft sein Geschäft boykottiert habe. Diese habe von Leipzig aus ein eigenes Geschäft hier gegründet, wodurch sein Umsatz auf die Hälfte gesunken sei. Kühn ist diese Behauptung schon insofern, weil St. doch keinem Menschen verbieten kann, ein Konkurrenzgeschäft selbst unmittelbar neben dem seinigen zu errichten. Wer im freien Wettbewerb auftritt, muß sich auf etwa entstehende Konkurrenz in jedem Fall gefaßt machen. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, nicht die nötigen Bücher geführt zu haben, wie es von einem ins Handelsregister eingetragenen Geschäft verlangt wird. Es fehlte ein richtiges Kassabuch, die Buchführung über Einkäufe und die Inventuren waren nicht gemacht. Der Konkursverwalter erklärte, daß Unlauterkeiten nicht vorgekommen seien, doch würden nur etwa 20 Prozent für die Gläubiger herauskommen. St. gab an, daß er 50 Prozent geboten habe; diesen Vergleich habe man abgelehnt. Er selbst sei aus seinen Büchern jederzeit klargeworden. Das Gericht verurteilte ihn zu 150 Mark Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis und hob in der Begründung hervor, daß es nicht darauf ankomme, ob der Angeklagte Bescheid wußte, sondern daß für jeden Zweiten der Vermögensnachweis sofort ersichtlich sei. Wenn er die Buchführung nicht beherrsche, müsse er eben einen Buchhalter dazu anstellen, dazu seien diese Leute da. — Wegen Sittenverbrechens, begangen an zwei schulpflichtigen Mädchen, war der Arbeiter Sp. angeklagt. Die Anzeige erfolgte erst 5 Monate nach der Tat, als die Kinder in der Schule davon erzählten. Der Angeklagte bestritt jede Schuld und suchte den Nachweis zu erbringen, daß er zu jener Zeit krank gewesen sei und das Haus nur in Begleitung von Frau und Kinder verlassen habe. 5 Kinder wollen in dem Angeklagten den Mann mit Bestimmtheit wiedererkennen. Auf Antrag des Verteidigers wurden die Anzüge, Schuhzeug und Kopfbedeckung des Angeklagten geholt, damit die Mädchen sich ein genaues Bild machen konnten. Nun erkannten die kleinen Zeuginnen den Angeklagten an den vorgelegten Kleidungsstücken erst recht. Antragsgemäß wurde Sp. zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. — In der Feder stecken geblieben ist im Sonnabendbericht das Wort Monate hinter den ersten drei Angeklagten, die in den Zwischenfall mit den Polizisten verwickelt waren. Es muß also richtig heißen L., Fk. und Fu. wurden zu 3 und je 2 Monaten verurteilt.

b. **Die Leiche eines Mannes** in den vierziger Jahren trieb am Sonntag mittag um 12 Uhr von der Obertrave her unter der Drehbrücke durch. Wer der Unglückliche ist, konnten wir nicht in Erfahrung bringen, da Leute zur Bergung nicht sofort zur Stelle waren. Die Leiche scheint schon länger im Wasser gelegen zu haben.

Einen bedauerlichen Unfall erlitt am Sonnabend der Leiter der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle, Herr Rat Dr. Link, als er am Lindenplatz das Straßenbahngleise überschreiten wollte. Er geriet dabei unter einen herankommenden Straßenbahnwagen und zog sich mehrere Verletzungen zu, die erfreulicherweise nicht ernster Natur sind. Mittels einer Droschke wurde Herr Link nach seiner Wohnung befördert.

b. **Drei Tümmler** verirrten sich am Sonnabend in den Elbe-Trave-Kanal. Unterhalb der Mühlentorbrücke schwammen die hier seltenen Tiere hart nebeneinander und zeigten nach regelmäßigen, kurzen Pausen in rhythmischer Wellenform ihre schwarzglänzenden Rücken. Zuschauer fanden sich auch bald ein, die die Wanderung der fremden Gäste verfolgten.

Vom Hansa-Theater. Das Polizeiamt erläßt folgende Bekanntmachung: „Der Direktor Reinhold Knöbl genannt Gollbach (Hansa-Theater) hat am gestrigen Tage die ihm erteilte Konzession niedergelegt und die Auskehrung der von ihm bei der Stadtkasse hinterlegten Sicherheit von 3000 Mk. beantragt. Die Rückgabe der Kaution wird erfolgen, soweit nicht von etwaigen Gläubigern des Knöbl gen. Gollbach noch Forderungen geltend gemacht werden. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche bis Montag, den 17. d. M., nachmittags 6 Uhr, unter Angabe der Glaubhaftmachung des Grundes der Forderung beim Polizeiamt schriftlich anzumelden." Wie verlautet, hat Direktor Gollbach Lübeck bereits verlassen.

Schwartau. Eine Volksversammlung findet am morgigen Dienstagabend 8½ Uhr im „Gasthof Transvaal" statt. Auf der Tagesordnung steht: „Märzstürme und Märzkämpfe". Angesichts des gegenwärtig betriebenen patriotischen Rummels, sowie der durch die neue Militärvorlage drohenden weiteren Belastung des Volkes ist es dringend notwendig, daß diese Versammlung sich eines starken Besuches zu erfreuen hat.

Hamburg. Zwei tödliche Unfälle im Straßenbetriebe. Auf dem Billhorner Deich versuchte der am Ausschlägerweg 85 wohnende Lokomotivführer Carl Boegershausen den Fahrdamm zu überschreiten, als ein Wagen im Trabe nahte. Boegershausen wurde von den Pferden erfaßt, zu Boden gestoßen und überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach der Einlieferung im St. Georger Krankenhause starb. — In der Hufnerstraße wurde die neunjährige Erna B. aus der Schwalbenstraße beim Verlassen des Bürgersteigs von einem Kraftfahrzeug erfaßt und zur Seite geschleudert. Das Kind erlitt schwere Unterleibsverletzungen, denen es erlag.

Kiel. Der schleswig-holsteinische Provinziallandtag tagte vom 9. bis 14. März in Kiel. Es ist dies die letzte Tagung in der gegenwärtigen Wahlperiode gewesen. Sozialdemokraten sind in dieser Körperschaft nicht. Auch während der kommenden Wahlperiode wird die Sozialdemokratie, die stärkste Partei in Schleswig-Holstein, nicht im Provinziallandtag vertreten sein, denn in den Städten, wo Sozialdemokraten gewählt werden könnten, wird die Wahl gemeinschaftlich vom Magistrat und den Stadtverordneten vorgenommen. In Kiel hatte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion gemäß ihrer Stärke Anspruch auf ein Mandat, die bürgerlichen Stadtverordneten und der Magistrat verweigerten ihr jedoch dieses eigentlich selbstverständliche Recht. Interessant ist es, zu erfahren, wer alles dieser sozialistenreinen Körperschaft angehört. Nach einer Präsenzliste der letzten Tagung gehörten dem Provinziallandtag an je ein Oberpräsident, Oberpräsidialrat, Oberpräsidialrat a. D., Regierungsrat, Regierungsassessor, Landschaftsrat, Landeshauptmann, Major a. D., Klosterprobst und Klosterprobst a. D., fünf Landesräte bezw. Assessoren, 11 Landräte, 10 Amtsvorsteher, 16 Guts- und Hofbesitzer, fünf Oberbürgermeister, drei Bürgermeister, fünf Stadträte bezw. Senatoren, sechs Justizräte, zwei Oekonomieräte, ein Kommerzienrat, ein Sanitätsrat, zwei Bankdirektoren, zwei Kaufleute, drei Rentiers und Gymnasiallehrer. Wie gering der Einfluß der Städte ist, zeigt der Umstand, daß von den 82 Mitgliedern nur 28 von den Städten gewählt sind. Alle anderen Mitglieder sind Regierungsbeamte oder sie vertreten das Land. Von einer solchen Körperschaft, in der die Arbeiterschaft nicht vertreten ist, können die Arbeiter auch nichts erwarten. Das erste war auch, daß 100 000 Mark wegen des Regierungsjubiläums Wilhelm II. bereit gestellt wurden. Ueber die Verwendung soll der Provinzialausschuß bestimmen. So viel Geld war vorhanden, obwohl lang und breit beraten wurde, wie die Ausgaben verringert und die Einnahmen erhöht werden können. Positives ist bei dieser Beratung nicht herausgekommen. — Der Provinziallandtag erklärte sich dann noch für Ausdehnung des Moorschutzgesetzes auf Schleswig-Holstein und für Einführung einer Schonzeit für See- und Korallenmoos, das an der Westküste gewonnen wird. — Für die Kultivierung von Niederungsmooren wurden als erste Rate 25 000 Mark bewilligt und für die Wiederherstellung der durch die Sturmflut 1911 im Kreise Schleswig zerstörten Eiderdeiche 10 000 Mark. — Angenommen wurde ein Antrag des Bankdirektors Köster-Altona, der Prüfung der Frage verlangt, ob sich die Errichtung eines provinziellen Pfandbriefamtes für städtische Hausgrundstücke empfiehlt. Die Prüfung wird dem Provinzialausschuß übertragen. — Eine Vorlage, betr. Betrieb der öffentlichen Lebensversicherung in der Provinz Schleswig-Holstein durch den Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten in Berlin, wurde gutgeheißen. Auch hier zeigt sich die Furcht vor der Arbeiterschaft, die sich in der „Volksfürsorge" eine eigene Versicherung geschaffen hat. — Das Vermögen der Provinz stieg auf 23 Millionen Mark, dem 17 Millionen Mark Schulden gegenüberstehen.

Kiel. Der Maifestzug wiederum abgelehnt. Der Vorsitzende des Kieler Gewerkschaftskartells war beim hiesigen Polizeipräsidium um die Genehmigung eines am 1. Mai geplanten Festzuges eingekommen. Der Zug sollte vom Wilhelmsplatz ausgehen und von dort nach dem Etablissement „Waldwiese", die inneren Stadtteile somit gar nicht einmal berühren. Trotzdem ist dem Antragsteller jetzt vom Polizeipräsidenten v. Schroeter ein ablehnender Bescheid zugegangen. Der Bescheid lautet:

„Die nachgesuchte Genehmigung für einen am 1. Mai ds. Js. vom Gewerkschaftskartell hierselbst geplanten Umzug vom Wilhelmsplatz nach der Waldwiese wird auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes vom 13. April 1906 versagt, weil durch denselben nach Lage der hiesigen Verhältnisse und unter Berücksichtigung des gewählten Tages eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist.

Der beabsichtigte Umzug hat den ausgesprochenen Zweck, im Namen der sozialdemokratischen Partei, unter deren Einfluß das Gewerkschaftskartell unzweifelhaft steht, gegen die bestehende Staats-, Gesellschafts- und Arbeitsordnung auf der Straße zu demonstrieren. Da die Leitung des Zuges in keiner Weise in der Lage ist, die Teilnehmer an demselben der Zahl nach zu beschränken und für ihr Verhalten bei dem Umzug ausreichende Gewähr zu übernehmen, ist bei der Zusammensetzung der Bevölkerung der hiesigen Stadt zu befürchten, daß sich, wie auch bei früheren ähnlichen Fällen, in großer Zahl solche Elemente an dem Zug

beteiligen werden, welche zu Gewalttätigkeiten neigen. Ausschreitungen solcher Personen sind aber bei dem in Frage stehenden Festzuge in besonderem Umfang zu befürchten, da die Veranstaltung des Festzuges durch das Gewerkschaftskartell tatsächlich die Teilnahme einer unbeschränkten Menschenmenge an demselben um so mehr erwarten läßt, als der 1. Mai in diesem Jahre auf den Himmelfahrtstag fällt, an welchem eine allgemeine Arbeitsruhe herrscht.

Das Verbot ist vom Polizeipräsidenten v. Schroeter, wie bisher stets alljährlich, erfolgt, trotz aller dem entgegenstehenden verwaltungsgerichtlichen Erkenntnisse, die, wie im Dietrichsdorfer Fall, sein Verbot als unberechtigt bezeichnet haben.

Lehe. Folgenschwere Explosion. In dem benachbarten Dorum explodierte der Gasometer der Azetylengasanlage im Hotel Wurster Hof. Der Hotelbesitzer Siers wollte wegen einer Unregelmäßigkeit in der Beleuchtung noch einmal nach dem Gasometer sehen, der in einem Nebengebäude untergebracht war. Eine brennende Zigarre ließ er vorsichtshalber draußen liegen. Kaum hatte er die Tür zu dem Gasometerraum geöffnet, als ein starker Druck ihn zu Boden warf. Das Gas entzündete sich an der draußen liegenden Zigarre und brachte den Gasometer zur Explosion. Siers erlitt schwere, wenn auch nicht lebensgefährliche Verletzungen. Das Dach des Gebäudes flog in die Luft und die Fenster im Hotel sowie in den benachbarten Häusern wurden sämtlich eingedrückt.

Rüstringen i. Oldenb. Raubmord. Freitag wurde in später Abendstunde der 18jährige Milchfuhrmann Tyarks aus Pythausen bei Sengwarden, der jeden Abend mit einem Gespann von Rüstringen nach Sengwarden führt, bei Fedderwarden ermordet und beraubt aufgefunden. Die Leiche, die in einem Chausseegraben lag, wies mehrere Stichwunden auf. Der Ermordete hatte ungefähr zehn bis zwanzig Mark bei sich. Er war vor einigen Wochen schon einmal von zwei Männern überfallen worden, doch konnte er sich damals ihrer erwehren.

Bremerhaven. Schwerer Unglücksfall. Auf dem Fischdampfer „Vigilant" der Bremerhavener Hochseefischerei A.-G. entstand Freitag nachmittag, als der Dampfer die Ausreise antreten wollte, infolge Explosion eines Petroleumbehälters im Maschinenraum Feuer. Die Kleider der beiden Maschinisten und eines Matrosen wurden von den Flammen ergriffen. Der erste Maschinist sprang über Bord und ertrank infolge des schweren Wetters. Die beiden anderen Personen erlitten schwere Brandwunden. Der Fischdampfer wurde brennend hier eingeschleppt, das Feuer aber von der Feuerwehr nach mehreren Stunden gelöscht. Der Schaden ist erheblich. Die Maschinenanlage ist unbrauchbar geworden.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 15. März.

Auftrieb 2320 Schweine. Markt ruhig geräumt.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 75,— bis 76,00 (60,— bis 61,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 75,00 (—,— bis 60,00), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 75,00 bis 75,50 (58,50 bis 59,00), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 74,50 bis 75,00 (58,00 bis 58,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 68,00 bis 73,00 (51,50 bis 55,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 72,— bis 73,00 (57,50 bis 58,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 66,00 bis 70,00 (51,00 bis 54,50).

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Ida Hagemann
Friedr. Martens
Verlobte. (2072
Tremskamp. Palmsonntag. Lübeck.

Anna Wienecken
Friedrich Wrede
Verlobte.
Lübeck, 16. März 1913. (2093

Sonnabend früh 1½ Uhr entschlief sanft und ruhig im 65. Jahre ihres rastlos tätigen Lebens meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwieger- Großmutter und Schwägerin
Auguste Raabe
geb. Wehr.
In tiefster Trauer
Heinr. Rabe und Kinder.
Lübeck, Reiferstr. 2b. (2043
Beerdigung: Dienstag 1¾ Uhr. Aufnahme im Trauerhause.

Plötzlich und unerwartet starb gestern nachmittag meine liebe Frau
Wilhelmine Meyer,
geb. Gienke
im 50. Lebensjahre.
Dies zeigt tieftrauernd an
Alwin Meyer und Kinder
nebst Angehörigen.
Braunstraße 32. 2081
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 20. März, nachm. 3¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Am Sonntag nachmittag entschlief nach kurzer Krankheit mein lieber Mann und meiner Kinder guter Vater 2100
Johann Rehwoldt
im 62. Lebensjahre. Tief betrauert von mir, seinen Kindern und Angehörigen.
Sophie Rehwoldt, gb. Schläger.
Trauerfeier am Donnerstag 2¾ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofs.

Unserm Gatten **Dietr. Möller** zu seinem 75jährigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch!!! Hoch soll er leben! Seine durstigen Gerstenen aus der Kronsforder Allee und der Feldstraße. 2102

Zur Konfirmation den Konfirmanden, sowie den Eltern unter unserer werten Kundschaft die herzlichsten Glückwünsche. (2088
E. Hinrichs und Frau.

Herzlichen Glückwunsch zur Konfirmation! 2095
Franz Boy, Schwartau.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elisabeth danken herzlich.
H. Süß u. Frau nebst Tochter.

Für die Glückwünsche anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Emil danken herzlich. (2084
J. Tegelszag u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter sagen herzlichen Dank.
E. Bose und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Ernst danken herzlich. (2086
W. Bibke und Frau nebst Sohn.

Herzlichen Dank für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Otto. 2085
H. Reielsdorf und Frau.

Für die Glückwünsche zur Konfirmation meiner Tochter Dankt herzlich 2087
Marie Meyer Ww. geb. Hause.
Gertrud Meyer.

Für die vielen Glückwünsche anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Elsa und Nichte Ella sagen wir allen hiermit unsern herzlichsten Dank. 2086
Paul Sommerfeld u. Frau.

Für die zahlreichen Gratulationen und Aufmerksamkeiten anläßlich der Schulentlassung unserer Tochter Paula danken herzlichst 2091
Ad. Löwigt u. Frau.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken herzlich
F. Wege u. Frau
2088 nebst Sohn.

Für die Gratulationen zur Konfirmation unsres Sohnes Theodor danken herzlich Th. Hamarlund
2092 u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elia sagen wir unseren herzlichsten Dank. 2094
A. Mikat u. Frau.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation danken herzlich W. Schuldt u. Frau
2101 nebst Tochter Elsa.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Katharine danken herzlichst
W. Vader und Frau
2106 nebst Tochter.

Gesucht zum 1. Juli eine freundl. abgeschl. Zwei- od. Drei-Zimmer-Wohnung (Holstentor). Preis 240 bis 260 Mk. Angebote unter U S an die Expedition dies. Bl. (2082

Brautleute suchen z. 1. April eine Zwei-Zimmer-Wohnung, a. liebst. v. d. Holstentor. Angeb. unt. B O an die Exped. dieses Bl. (2089

Ein junger Knecht
zu sofort gesucht.
2090) Waisenhofstraße 18.

Umzugshalber zu sofort eine Kolonial-, Grünwaren- u. Flaschenbierhandlung billig zu vermieten. Ang. u. E B a. d. Exp. d. Bl. (2069

Wirtschaft
bei 4000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Das Haus kann mit übernommen werden. Makler verbeten. Ang. u. S S a. d. Exp. d. Bl. (2066

Fast neue Wohnungs-Einrichtung, nur wenige Wochen gebraucht, Wohnz., Schlafz. u. Küche, zus. oder einzeln, sofort zu verkaufen. 1949 Siegfried Ullmann, Breitestr. 33 I

Rote, blaue, französische u. Rosenpflanz-Kartoffeln zu verkaufen. Stockelsdorf, Lohstr. 14. (2068

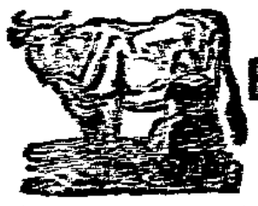
Bierwagen, Stuhlwagen, eine neue Blockwalze und ein Trichin-Mikroskop zu verkaufen.
2067) Rosenhinenstraße 2.

Ein fast neuer zusammenklappbarer
Sportwagen
zu verk. Kronsforder Allee 97a, I. 2075

Eine zweisitzige Sportkarre
zu verkaufen.
2075) Voigtstraße 13, I. rechts.

Zwei starke Knaben-Ränzel billig zu verk. (2076) Lindenstraße 39a.

Großer Ausverkauf wegen Aufgabe d. Geschäfts in Winter- u. Sommerhüten
Federn u. Blumen zu billig. Preisen.
Schwartau, Lübecker Str. 17.
Dabei ein sehr gutes Lebenreol billig abzugeben. 2095


Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. 1.55 Mk. (209

Eier Eier
Große frische hiesige
Eier
aus eigenen Sammelstellen
Stück 7 Pfennig.
Friedrich Ohlsen,
Butter- und Eier-Spezial-Geschäft
Hüxstrasse 30.
1962
Eier Eier

Bertha Suttner:
Die Waffen nieder!
ist jetzt wieder vorrätig.
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

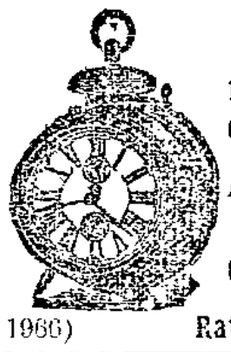
Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 18. März 1913,
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Der Streik der Binnenschiffer.
3. Die Lohnbewegung der Roll- und Blockwagenkutscher.
4. Berichterstattung des Festkomitees.
5. Verschiedenes.
2097 Der Vorstand.
NB. Das Erscheinen der Kollegen ist in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung notwendig. D. O.

Ia. feine Flomen Pfd. 80 ₰
- Lopf und Bein frisch und gepökelt Pfd. 30 ₰
- Kochrippen frisch und gepökelt Pfd. 40 ₰
- Eisbein frisch und gepökelt Pfd. 65 ₰
- weißes Schmalz bei Abn. v. 4 Pfd. Pfd. 85 ₰
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/16.
vorm. M. Lahrtz. (2098

Rechnungsformulare
Buchdruckerei des Süd. Volksblatt.

Bestes Ragoda Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche.
Überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1913 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (1823
10 „ echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe"
Fr. Barby
Hüxstr. 117. Tel. 816.
Uebernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
Ueberführungen von u. nach auswärts. (1344


Heinr. Schultz
Uhrm. u. Goldwar.
ob. Johannisstr. 20
Uhren, Ketten, Armbänder, Ringe
333 u. 585 gest.
Trauringe
Gold- u. Silberwar.
Operngläser
Rathenower Brillen.
1966)

Beste Gemüsesämereien
empf. Schelm & Wege Nchfg.
Wilh. Vollert, Mengstraße 10.
Katalog auf Wunsch. (2079

Achtung!
Steinsetzer
und Berufsgenossen.
Versammlung
am Dienstag, dem 18. März.
Tagesordnung:
1. Kassenabrechnung.
2. Vortrag über: Volksfürsorge. Referent: Arbeitersekretär Gen. Hoff.
3. Bericht vom Verbandstag.
4. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
2073) Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 19. März 1913
abends 8 Uhr
in der Stadthalle:
25. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solist: Herr Konzertmeister J. Szanto (Violine).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Präludium und Fuge Bach-Abert.
Tonbilder aus Die Walküre R. Wagner.
Phantasie aus Samson und Delila C. St. Saëns.
Valse triste J. Sibelius.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. (2071

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 18. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
154. V. i. V.-Ab. 25. V. i. Dienst.-Ab.
Madame Butterfly.
Oper von G. Puccini.
Opernpreise. 2070
Mittwoch, den 19. März 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Kolberg.
Hist. Schauspiel von Paul Heyse.
In Vorbereitung: „Templer und Jüdin", gr. Oper von Marschner in der Bearbeitung v. Dr. Hans Pfitzner.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 64. Montag, den 17. März 1913. 20. Jahrg.

Zarenamnestie und Gefängnisgreuel.

Nikolaus II. hat anläßlich des Regierungsjubiläums seiner Dynastie den Adel und die ihm nahe stehenden Kliquen der echtrussischen Leute mit reichen Schenkungen bedacht, um noch ein übriges Mal vor aller Oeffentlichkeit die treu ergebenen Stützen seines Regierungssystems zu kennzeichnen. Das Volk jedoch ist, abgesehen von einigen wertlosen „Gnadenbezeigungen", bei dieser monarchischen Feier leer ausgegangen, ja es hat zu dem Hohn der herrschenden Sippe noch den Spott über seine Vertrauensseligkeit zu spüren bekommen. Das allgemeine Verlangen der breiten Schichten des Volkes ging dahin, eine volle Amnestie für politische und religiöse Vergehen zu erlangen. In zahlreichen Kundgebungen ist dieses Verlangen in den letzten Jahren zum Ausdruck gebracht worden, und wenn die vorgeschrittensten Elemente des Volkes es nun, wie bei allen monarchischen Veranstaltungen unter ihrer Würde hielten, ähnlich den Liberalen um die Amnestie zu bitten, so erwarteten sie dennoch, daß die Zarenregierung in ihrem eigenen Interesse die unendlichen Leiden der politischen Gefangenen und Verbannten lindern würde. Nichts von alledem ist eingetreten! Mit einer Gehässigkeit und Rachsucht, die ihresgleichen sucht, hat die Zarenregierung aus dem nicht zu umgehenden traditionellen Amnestieerlaß alle Merkmale ausgemerzt, die die politischen Gefangenen etwa den Kriminalverbrechern gleichstellen könnten. Eine Ausnahme bildet hier nur die Gruppe der leichten Majestätsverbrechen und der Preßdelikte, auf die die Amnestie sich erstreckt. In allen anderen Beziehungen jedoch steht der jetzige Amnestieerlaß sogar hinter den Manifesten von 1883, 1894, 1896 und 1904 zurück. Das wichtigste Merkzeichen des jetzt herausgegebenen Erlasses ist, daß den politischen Gefangenen selbst die Strafverkürzungen entzogen werden, die den gemeinen Verbrechern gewährt worden sind. Mit der unnachahmlichen Heuchelei, die die russische Bureaukratie auszeichnet, verkündet der Erlaß in Artikel 18, daß den zu schwerer Zwangsarbeit (Katorga) verurteilten Gefangenen das Strafmaß um ein Drittel verkürzt werde, um in Artikel 21 zu erklären, daß die Strafverkürzung sich neben einigen Gruppen der schwersten Kriminalverbrecher nicht auf die politischen „Verbrecher" erstreckt, die auf Grund der Artikel 100, 101, 102 und 126 (Teil 2) des Strafgesetzbuches verurteilt worden sind. Gerade diese Artikel sind es aber, auf Grund deren viele Tausende Personen, oft nur wegen Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Partei, zur langjährigen Zwangsarbeit verurteilt worden sind; auf Grund eines dieser Artikel wurde auch die des „Hochverrats" fälschlich angeklagte sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma in die Katorgo und in die sibirische Verbannung geschickt. Es verdient in diesem Zusammenhange Beachtung, daß die einfache Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Partei erst nach der Einführung der Verfassung, die die sozialistische Vertretung in der Duma legalisiert, mit langjähriger Zwangsarbeit gesühnt wird. Erst nach dem 30. Oktober 1905, da die Regierung vor der von Sozialisten geführten Arbeiterklasse kapitulieren mußte, „erläuterte" die höchste russische Gerichtsinstanz, der Senat, daß die Mitglieder sozialistischer Vereinigungen auf Grund des Art. 102, mit nachfolgender Katorga, abgeurteilt werden müssen. Der „Amnestieerlaß" des Zaren krönt nun diesen Meuchelmord, indem er den vielen Tausenden Sozialisten auf der Katorga auch die geringste Strafverkürzung versagt!

Weisen die genannten Tatsachen unzweideutig darauf hin, daß die Zarenregierung die bestehende Gerichtsguillotine, die grausame Verfolgung der politischen Gegner unangetastet aufrecht erhält, so bestätigen die Maßnahmen des Amnestieerlasses hinsichtlich der zahlreichen im Verwaltungswege verbannten und ausgewiesenen Personen, daß die Regierung auch den Opfern der „Ochrana", den politisch Verdächtigen, die auf die Denunziation eines Spitzels verbannt oder ausgewiesen werden, jede Straflinderung versagt. Den zahlreichen politischen Verbannten in Sibirien und Nordrußland wird die Verbannungszeit nur in dem Falle um ein Jahr verkürzt, wenn sie ein „gutes Führungsattest" der örtlichen Behörden beschaffen können! Dieser giftigen Verhöhnung reiht sich würdig die Bestimmung an, daß die aus politischen Gründen ausgewiesenen Personen erst nach Ablauf von drei Jahren zurückkehren können.

Das ist in großen Zügen der wesentliche Inhalt der sogenannten Amnestie, soweit sie auf die Zehntausende politischer Gefangener Bezug nimmt. Das Ergebnis dieser Bestimmungen, die selbst die geringsten Erwartungen täuscht, ist, daß die Emigranten, die voll Vertrauen auf die Amnestie aus dem Exil zurückkehren, sofort von der Polizei verhaftet werden, und daß die Volksmassen, die am 6. März die Gefängnisse umlagerten, nach Bekanntgabe des schmählichen Zarenerlasses sich mit Wut und Erbitterung zerstreuten. Die nun bekannt gewordenen Angaben über die Zahl der von der „Amnestie" Betroffenen können dies Gefühl nur noch verschärfen. In Petersburg entfallen von 2000 befreiter Personen nur 15 Prozent auf die politischen Gefangenen, darunter zum größten Teil auf Preß„verbrecher". In Kiew wurden von insgesamt 300 Personen nur 2 politische Gefangene befreit, in Saratow — 340 Kriminal- und 15 politische Gefangene, in Wilna insgesamt 160 Gefangene, darunter einige politische, in Charkow 700 Gefangene, darunter nur vereinzelte politische, in Baku 75 Kriminalverbrecher und 1 politischer usw.

Die natürliche Folge dieser Gefangenenbefreiungen wird nun erstens die sein, daß die Behörden sich mit verstärkter Energie auf alle politisch verdächtigen Personen, vor allem auf die Arbeiter, stürzen werden, um die ungewohnten Lücken in den bisher überfüllten Gefängnissen auszugleichen. Dann aber steht zu erwarten, daß das Regime in den Gefängnissen, deren Bevölkerung nach der Befreiung zahlreicher Kriminalgefangenen und der natürlich völlig befreiten Amtsverbrecher eine größere „Homogenität" erlangt hat, mehr als zuvor der Schauplatz raffinierter Verfolgungen gegen die politischen Gefangenen sein werden. Wie es in den Gefängnissen, namentlich in den Katorgagefängnissen zugeht, ist noch kürzlich in einer Sitzung der Petersburger juristischen Gesellschaft auf Grund amtlichen Materials geschildert worden. Nach einem Bericht des Privatdozenten M. Issajew, der die Tätigkeit des Gefängnisressorts schilderte, stellten die Diskussionsredner, namhafte Gelehrte, Richter und Verteidiger einmütig fest, daß die politischen Gefangenen nie solchen furchtbaren Verfolgungen ausgesetzt worden sind wie in den letzten Jahren. Staatsanwalt A. Woronow, der seit Jahrzehnten an vielen Gerichten amtierte, erklärte auf Grund seiner eigenen Beobachtungen, daß die „Folterungen der Gefangenen beim Verhör keinem Zweifel unterliegen". Der bekannte politische Verteidiger N. Sokolow illustrierte diese Tatsache durch Beispiele aus seiner Praxis, und der gemäßigt-liberale Rigaer Abgeordnete Fürst Mansyrew stellte fest, daß die Rigaer Kerker in den letzten Jahren solche grauenhafte Ereignisse gesehen haben, wie sie die lebhafteste Phantasie nicht ersinnen kann. Der berühmte Verteidiger A. Sarudny erklärte: „In dem russischen Gefängniswesen war und ist alles schlecht. Aber in der letzten Zeit spielt sich in unseren Gefängnissen etwas Furchtbares ab." Diese Zustände werden sich nun nach dem schamlosen Zarenerlaß zweifellos noch verschlechtern. Die quälende Unruhe, in der die Gefangenen in den letzten Monaten gelebt haben, und die durch die zweideutige Haltung der Administration noch mehr aufgepeitscht wurde, wird sicherlich zahlreiche Selbstmorde, Hungerstreiks und infolgedessen neue heftige Verfolgungen und Exekutionen nach sich ziehen, die umsomehr Opfer fordern werden, da die Gefängnisbüttel sich jetzt mit doppelter Energie auf die politischen Gefangenen stürzen werden. Mehr als je ist es nun erforderlich, daß die öffentliche Meinung der Kulturwelt den grauenhaften Zuständen in den russischen Kerkern eine verstärkte Aufmerksamkeit schenkt, und durch ihre Sympathien dazu beiträgt, daß die von der Zarenamnestie umgangenen Märtyrer der russischen Freiheit mit verstärkter Ausdauer und Energie der Amnestie durch das Volk entgegensehen.

Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise in Südafrika.

Die englische Regierung ist redlich bemüht, ihre südafrikanischen Besitzungen zu bevölkern. Sie hat ein Auswandereramt geschaffen, das Englandmüde mit Auskunft unterstützt, sie gewährt Fahrpreisermäßigung auf den südafrikanischen Schiffslinien und sie befördert unter Umständen Familien schon Ausgewanderter unentgeltlich nach Südafrika. Daß diesen Bemühungen besonderer Erfolg blühe, kann nun gerade nicht gesagt werden. Dies ist nicht einem Mangel an Lust oder der Abwesenheit des Zwanges zum Auswandern zuzuschreiben. Das vereinigte Königreich wird mit seiner Auswandererziffer nur von Italien übertroffen. In einem Jahre ziehen aus Italien 625 000, aus Deutschland 25 000, aus dem vereinigten Königreich 263 000 Menschen übers Meer. Der große Haufen der Englandmüden (67 Prozent) geht nach Nordamerika und nur ein verschwindender Teil (7,2 Prozent) nach Südafrika. Demnach zeigt die Bevölkerung des Inselreichs wenig Neigung, in Südafrika zum Kulturdünger zu werden. Diese Abneigung kann die Regierung weder mit gutem Willen noch mit kleinen Vergünstigungen überwinden.

Die südafrikanische Union wurde im Jahre 1909 aus dem Orangestaat, Natal, Transvaal und der Kapkolonie gebildet. Sie ist mehr als noch einmal so groß als Deutschland, zählt aber nicht ganz 6 Millionen Einwohner. Davon sind 4,7 Millionen Farbige. Was dieses Land hauptsächlich braucht, sind Landarbeiter. Klima und Bodenbeschaffenheit sollen sich für Viehzucht, Getreidebau und Obstkultur vorzüglich eignen. Aber gerade Bauern sind von dem vereinigten Königreich schwer zu erhalten, denn seine eigene Landwirtschaft ist von Arbeitskräften entblößt, und was von seiner Bevölkerung Neigung und Fähigkeit

Hafentürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(36. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Es hat ihn schon eine ganze Zeit lang gequält," fuhr Herr Schmidt fort. „Er hat niemanden, der zu ihm gehört, und lange Zeit wußte er nicht, wie und wem er es hinterlassen sollte. Mit Grundstücken und allem anderen zusammengenommen ist es eine Sache von über zweihunderttausend Mark."

„Gerechter Himmel!" sagte Herr Löbel, welcher das Gefühl hatte, daß man von ihm irgend eine Bemerkung erwarte.

„Dr. Meiberg war der andere Zeuge," fuhr Herr Schmidt fort, ohne auf die Unterbrechung zu achten, „und Herr Köppen ließ uns beide versprechen, es als tiefes Geheimnis zu behandeln, bis er gestorben sei, aber aus Freundschaft für Euch dachte ich, ich wollte das übergehen und es Euch doch sagen."

Der Nachdruck auf seinen Worten war unverkennbar; Frau Löbel ließ ihre Arbeit sinken und sah ihn an, während ihr Gatte sich vor Erregung wand.

„Er hat es doch nicht etwa mir hinterlassen," sagte er, mit einem schwachen Versuch zu scherzen.

„Nicht einmal einen kupfernen Pfennig," erwiderte sein Freund heiter. „Keinem von Euch. Warum sollte er auch?"

„Und Max wird er es doch wohl auch nicht vermacht haben?" meinte Fräulein Löbel, die mit ihrer Arbeit gleichfalls aufgehört hatte, um zuzuhören.

„Nein, mein Kind," erwiderte der Schlafbas, „er hat sein Testament gemacht, genau nach der gesetzlichen Vorschrift, und hat alles, Grundstücke und andere Objekte im Betrage von über zweihunderttausend Mark, einem jungen Mann hinterlassen, weil dieser vor ein paar Monaten seine Braut kaltgestellt hat — und weil er ihm seit Jahren ein guter und treuer Diener gewesen ist."

„Damit willst Du mir doch nicht sagen," rief Herr Löbel verzweifelt aus, „doch nicht etwa sagen, daß er beigekommen ist und hat sein ganzes Geld dem jungen Edu Lampe vermacht."

„Na, wenn Du's nicht willst, werde ich es nicht tun," meinte Herr Schmidt entgegenkommend, „aber denke daran, daß es strengstes Geheimnis ist."

Herr Löbel fuhr sich mit der Hand über die Augen und rote Flecken, von der Aufregung herrührend, gaben seinem sonst ziemlich nichtssagenden Gesicht einen etwas anderen Ausdruck. Frau Löbels verwirrte Frage: „Was passiert doch nicht alles?" begegnete tauben Ohren. Fräulein Löbel, die sich mit offenem Munde vorgebeugt hatte, hielt ihre Augen fest auf Herrn Schmidts Gesicht geheftet.

„Es ist zu schade, daß er es nicht dem jungen Schümann vermacht hat," meinte dieser Herr und bemerkte mit vielem Vergnügen die Wirkung seines Berichts, „aber er kann ihn um keinen Preis ausstehen, er hat es mir selbst gesagt. Ich denke mir, der junge Edu wird nun der reine Gentleman, und er wird heiraten können, wen er will."

Herr Löbel stopfte sein Taschentuch in seine hintere Tasche, der Vater erwachte in ihm.

„So, wird er?" sprach er mit wildem Hohn. „So, wirklich! und wie steht es mit meiner Tochter? Ich habe von so etwas wie von gebrochenem Eheversprechen gehört. Bevor Herr Edu sich anderweitig verheiratet, wird er ein paar Worte mir mir zu sprechen haben."

„Er hat sich sehr schlecht benommen," nickte Frau Löbel.

„Er ist Abend für Abend hierher gekommen," erklärte Herr Löbel und redete sich selbst in Wut hinein, „ist mit meinem Mädchen monatelang ausgegangen und dann bleibt er fort, als ob wir nicht gut genug für ihn wären."

„Sie würden nicht glauben, wie viele Male er bei uns Abendbrot gegessen hat," sagte Frau Löbel zu ihrem Besucher gewandt.

„Bleibt fort," wiederholte ihr Gatte, „bleibt fort, als ob wir Schmutz unter seinen Füßen wären, und kommt bis zum heutigen Tag nicht zurück, um uns eine Erklärung für sein Benehmen zu geben."

„Ich bin nicht leicht überrascht," meinte Frau Löbel, „ich war es nie, auch als Mädchen nicht, aber ich muß sagen, Edu ist eine Ueberraschung für mich gewesen. Wenn mir jemand gesagt hätte, daß er sich so benehmen werde, ich würde es nicht geglaubt haben — ich hätt's nicht können. Ich habe niemals viel darüber gesprochen — weil mein Stolz es mir nicht erlaubte. Wir haben alle unsere Fehler und der meine ist mein Stolz.

„Ich werde ihn wegen gebrochenen Eheversprechens auf hundert — tausend — Mark verklagen," erklärte Herr Löbel mit Entschiedenheit.

„Red' vernünftig," erwiderte Nathan Schmidt kurz.

„Vernünftig?" schrie Herr Löbel. „Spielt man mit meinem Mädchen solch ein treuloses Spiel? Läßt man mein Mädel einfach sitzen, wenn es einem paßt? Ist mein Mädel denn — —"

„Was hat es für einen Zweck, mir das zu sagen?" unterbrach ihn entrüstet Herr Schmidt. „Das Beste, was Du tun kannst, ist, sie sofort mit Edu zu verheiraten. Bevor er etwas von seinem Glück weiß."

„Und wann wird das der Fall sein?" fragte sein Freund mit ruhiger Stimme.

„Irgendwann," sagte der Schlafbas, seine Schultern zuckend. „Der alte Herr kann diese Nacht sterben, kann aber auch noch eine Woche und länger leben. Er war so schwach, daß er kaum seinen Namen unterschreiben konnte."

„Aber hoffentlich hat er ihn doch ordnungsmäßig unterschrieben?" sagte Herr Löbel erschrocken.

„Bombensicher," erklärte sein Freund.

„Na, und warum wollen wir nicht warten, bis Edu das Geld bekommen hat?" riet Frau Löbel mit weisem Kopfschütteln.

„Weil dann," erklärte Herr Schmidt mit unangenehmer Stimme, „weil er dann erstens ein reicher Mann sein wird und wählen kann. Edu Lampe mit zwanzig Mark oder so ähnlich pro Woche und Edu Lampe mit zweihunderttausend Mark werden doch zwei verschiedene Menschen sein. Außerdem würde er auch denken, daß sie ihn wegen seines Geldes heirate."

„Wenn er das dächte," sprach Frau Löbel festen Tones, „würde ich ihm es nie vergeben."

„Mein Rat ist nun," fuhr Natan Schmidt fort und bewegte eindringlich seinen Zeigefinger, „laßt sie in aller Stille und sobald wie möglich heiraten. Wenn sie erst verheiratet sind, soll Edu sich wohl besser helfen."

„Warum in aller Stille?" fragte Herr Löbel scharf.

Der Schlafbas tat einen ungeduldigen Ausruf.

„Weil erstens, wenn Herr Köppen davon zu hören bekäme, er denken würde, daß ich geschwatzt habe. Und außerdem hat er es ihm teilweise deswegen vermacht, um ihn für sein Pech zu entschädigen. Er hat, wie er mir sagte, in seinen jungen Jahren selbst einmal dasselbe Pech gehabt. Stell' Dir mal vor, er käme wieder so weit zu Kräften, daß er sein Testament umändert!"

Herr Löbel erschauerte. „Immerhin, es fordert Zeit, zu heiraten," wandte er ein.

„Ja," erwiderte Herr Schmidt ironisch, „das tut es. Geh hin zu dem jungen Edu und dann bestell das Aufgebot. Laß Dir Zeit damit und paß auf, daß Herr Köppen es gewahr wird. Glaubst Du, er würde nicht verstehen, was es bedeutet, und es vereiteln, gar nicht davon zu reden, daß Edu es durchschauen würde."

„Na, was ist denn also zu tun?" fragte Herr Löbel mit aufgerissenen Augen.

„Schick sie nach London und laß sie da mit Spezialerlaubnis heiraten," setzte Herr Schmidt rasch auseinander, „möglichst morgen, wenn nicht, dann übermorgen. Die nötigen Adressen werde ich Dir geben. Geh hin und erzähl Edu heute

zur Landwirtschaft hat, glaubt in dem viel näheren Nordamerika und Kanada günstigere Erwerbsmöglichkeiten zu finden. Den (weißen) Landarbeiter kann Südafrika nicht reizen. Die Farm- und Feldarbeit wird dort von Kaffern und anderen Farbigen für einen Monatslohn von 10 bis 20 Mk. (mit Kost und Logis) getan ein Einkommen, mit dem auch der genügsamste europäische Proletarier nicht auskommen kann.

Für die Industrie hat Mutter Natur weniger vorgesorgt als für die Landwirtschaft. Die relative Armut an Kohle und gänzliches Fehlen von Eisenerzen erschwert die Entwickelung der Industrie. Die stärkste der Industrien ist der Bergbau. In ihm sind 237 507 Personen, 229 026 Eingeborene und 6481 Weiße beschäftigt. Dazu stellen die Goldgräber in Transvaal 196 000 und die Diamantgräber im Kap und in Transvaal 24 678 Mann. Kohle kommt in allen vier Staaten vor, doch ist die Förderung gering. Die dabei beschäftigten 18 829 Arbeiter produzieren nur etwas über 7 Millionen Tonnen im Jahr. Kupfer wird fast ausschließlich in der Kapkolonie gegraben. Die Gesamtproduktion beträgt im Jahre 107 000 Tonnen; dabei sind gut 2000 Personen beschäftigt. Die anderen Industriezweige haben es zu einer großen Bedeutung noch nicht gebracht. Die Fabriken und Werkstätten der Kapkolonie bergen (1904) 30 318, die Natals (1909) 25 000 Personen. In Transvaal hat sich die Zahl der industriellen Etablissements in den letzten Jahren stark vermehrt, in welchem Maße aber läßt sich wegen Mangel an zuverlässigen Daten nicht sagen. Die Errichtung eines großen Stahlwerks wird in Vereeniging geplant.

Nach den Situationsberichten der Gewerkschaftspresse Südafrikas scheint dort die industrielle Tätigkeit gegenwärtig nicht gerade lebhaft und die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer als das Angebot zu sein. Zwischen den Zeilen wird leise vor Zuwanderung gewarnt. Die Löhne seien in der Union zwar höher als in Europa, aber das Mehr an Lohneinkommen werde durch die viel höheren Kosten des Lebensunterhalts absorbiert. Dem deutschen Arbeiter wird die Frage nach dem Verdienst und Lebensunterhalt seiner südafrikanischen Kollegen einer näheren Betrachtung wert sein. Der Kürze halber seien der amtlichen Lohnstatistik nur die hauptsächlichsten Berufe und nur immer die wichtigste Stadt eines jeden der vier Staaten hier angeführt.

Es verdienen in Mark:

	Kapstadt (Kapkolonie)	Pietermoritzburg (Natal)	Johannesburg (Transvaal)	Bloemfontein (Oranjestaat)
		den Tag:		
Schuhmacher	35—70 pro Woche	11—12	10—15	—
Maurer	1.70—1.80 pro Std.	13—14	20	2.25—2.50 pro Stunde
Zimmerleute	1.70 pro Stunde	12—13	20	2.25—2.50 „ „
Tischler	10—12	12—13	—	—
Goldgräber	—	—	13.75—20.70	—
		die Woche:		
Buchbinder	60	72	110	90
Schneider	40—72	96	120—140	110—120
Bäcker	35—85	60—80	50—120	—
Kesselschmiede	60—74	90	120—140	—
Schriftsetzer	von 66 an	von 72 an	von 110 an	von 90 an
Maschinenschlosser	66	13—14 pro Tag	120	—
Klempner	35—100	—	—	—
Schneider (Männer)	20—150	50—100	16 p. Tg.	80—90
Schneider (Frauen)	20—40	—	—	—
		den Monat		
Fleischer	40—65	160—200	—	—
Dienstmädchen mit Kost und Logis	50—100	45—60	60—100	40—60
Handelsangestellte	von 160 an	160—300	200—500	—
„ (Frauen)	—	80—120	120—300	—
Kohlengräber	10 pr. Tg.	280—320	19—20 p. Tg.	360
Diamantgräber	60—110	—	15.25 p. Tg.	360

Diese Lohnsätze gelten für eine tägliche Arbeitszeit von 8—9, zuweilen auch (Bergleute) 10 Stunden; am Sonnabend wird fast überall nur 5½ Stunden gearbeitet. Ein Blick auf die Aufstellung zeigt, daß die Arbeitslöhne in Südafrika durchgehends, teilweise um das Mehrfache höher sind als bei uns. Ein besserer Lohn bedeutet nun nicht notwendigerweise einen Mangel an Arbeitskräften, noch kann er als sicheres Zeichen einer guten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter gelten. Die Bewilligung eines hohen Verdienstes kann, ganz oder teilweise, erzwungen sein durch hohe Kosten des Lebensunterhaltes. Und dies scheint auch nach den Berichten der Gewerkschaftsblätter tatsächlich der Fall. Immerhin wird es gut sein, die Behauptungen an der Hand der offiziellen Angaben nachzuprüfen. Das ist umsomehr geboten, weil die Gewerkschafter für ihre Vergleiche in der Regel die Verhältnisse Englands benutzen. Dem deutschen Arbeiter wird besser gedient sein, wenn er die Preise der wichtigsten Lebensmittel in Südafrika kennt, damit er sie denen seiner Heimat gegenüberstellen kann. Durch die Kenntnis der Lebensmittelpreise und des Verdienstes seines südafrikanischen Kollegen ist der deutsche Arbeiter einigermaßen in den Stand gesetzt, zu beurteilen, ob die Lage der Arbeiter am Kap oder im Lande der vollen Kompottschüssel besser ist.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß in einem Lande, das mehr als zweimal größer ist als Deutschland und kolonialen Charakter hat, die Preise der Nahrungsmittel an den verschiedenen Orten stark differieren. In leicht erreichbaren Plätzen sind sie nicht höher als bei uns, aber in Orten mit schlechten Bahn- oder Schiffsverbindungen werden sie durch die höheren Transportkosten und lokalen Zuschläge verteuert. Die durchschnittliche monatliche Ausgabe einer Handwerkerfamilie mit drei unerwachsenen Kindern wird für Johannesburg von dem offiziellen Statistiker auf 500 Mk. geschätzt. Diese Angabe wird von einem Gewerkschaftssekretär als »fairly accurate« bezeichnet. Damit ist jedoch noch wenig gesagt. Es wäre zuerst die Frage zu untersuchen, welche Anforderungen eine südafrikanische Handwerkerfamilie ans Leben stellt, wie sie sich nährt, kleidet und wie sie wohnt. Aber dieses interessante Thema kann hier nicht erörtert werden. Eine gründlichere Betrachtung der Preise der notwendigsten Lebensmittel würde die genannte Summe von 500 Mk. etwas hoch finden.

Es kostet durchschnittlich in Mark:

	Kapkolonie	Natal	Transvaal	Oranjestaat
Speck (deutsches Pfd.)	1,10	1,30—1,45	1,65	1,35
Rindfleisch (deutsches Pfd.)	0,55—1,10	0,72—0,88	0,72—1,10	0,90—1,10
Hammelfleisch (deutsches Pfd.)	0,45—0,70	0,90—1,10	0,52—0,88	0,52—0,88
Schweinefleisch (deutsches Pfd.)	0,62—0,70	0,80—1,10	0,88	—
Butter, frische (deutsches Pfd.)	1,65—2,20	1,55—1,90	1,35—1,90	1,10—2,20
Brot, 2-Pfd.-Laib	0,45—0,53	0,35	0,53	0,35—0,53
Kaffee (pro Pfund)	1,10—1,72	1,10—1,65	1,65—2,75	1,28
Tee (pro Pfund)	1,80—2,50	1,10—1,65	2,20—2,75	1,90
Zucker (pro Pfund)	0,22—0,27	0,22—0,27	0,27—0,80	0,30
Kartoffeln (Zentner)	13,20-17,60	8,80-11,—	17,60	11,00-22,00
Reis (pro Pfund)	0,24—0,35	—	0,35—0,45	—
Milch (Liter)	0,37—0,57	0,46—0,57	0,38	0,46—0,70
Eier (Dutzend)	1,50—1,82	1,50—2,50	1,50—3,50	1,50—2,50
Kohle (Zentner)	2,30	1,65	1,10—2,20	1,40
Miete (ein Haus mit 4—5 Zimmer den Monat	von 40 – an	80-120,00	140-160,00	80-120,00

Kleidung ist etwas teurer als in Deutschland. Für einen guten Anzug werden 80 bis 100, für ein paar solide Schuhe 25 Mk. gefordert. Ein Parkettsitz in einem Theater in Johannesburg kostet 10, ein Galeriesitz 6 Mk. Eine Straßenbahnfahrt, die bei uns mit 10 oder 15 Pfg. bezahlt wird, kostet in den südafrikanischen Großstädten dreimal mehr. Verhältnismäßig billig lebt noch der Unverheiratete. Er hat für Kost und Logis den Monat 80 bis 120 Mk. zu zahlen, eine Summe, die in den teuren Großstädten Transvaals bis auf 240 Mk. steigt. Diese Billigkeit wird erzeugt durch das Bestreben der Familienväter, einen Mann mit in das (Einfamilien-) Haus zu nehmen, um die Einnahmen zu erhöhen.

Nun mag dem südafrikanischen Arbeiter, wenn er den Strich unter seine Proletarierbilanz macht, auch nichts übrig bleiben, obwohl er einen ziemlich hohen Geldlohn erhält. Immerhin ist eins gewiß: er wohnt in angenehmeren Häusern und lustigeren Städten und er nährt sich reichlicher als sein deutscher Leidenskollege.

Aus der Partei.

„Sozialdemokratischer Wahlterrorismus“ sollte durch den Lagerhalter Heinrich Seifert in Hirschfelde bei Zittau bei der letzten Gemeinderatswahl verübt worden sein. Man hängte ihm eine Anklage wegen Nötigung an, und es wurde darüber am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Zittau verhandelt. Seifert wurde beschuldigt, einer 76 Jahre alten stimmberechtigten Hausbesitzerin, die er gut kannte, einen bürgerlichen Stimmzettel aus der Hand gerissen und ihr dafür einen sozialdemokratischen gegeben zu haben. Vor Eintritt in die Verhandlung machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß unter Umständen der § 107 des Reichsstrafgesetzbuchs (Wahlhinderung) in Frage kommen könnte, der Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten androht. Seifert bestritt seine Schuld, er habe der alten Frau nur einen Dienst erwiesen. Da sie das erstemal wählen kam, habe er ihr das Zusammenlegen des Stimmzettels gezeigt und einen anderen gegeben, da der ihrige unscheinbar geworden war. Als sie sich nachher weigerte, den Zettel abzugeben, habe er ihr gesagt: dort stehen noch mehr Zettelverteiler, wende Dich an sie, da kannst Du den Zettel haben, den Du abgeben willst. Ein Gendarm sagte aus, daß die in Frage kommende Frau ihm gesagt habe, daß Seifert und ein anderer in ihrer Wohnung gewesen seien und wiederholt auf sie eingewirkt haben. Das bestritt die als Zeugin vernommene Frau entschieden. Obschon der Amtsanwalt Bestrafung beantragte, mußte das Gericht den Angeklagten freisprechen. — Die Staatsaktion, auf die die Gegner so große Hoffnungen gesetzt hatten, scheiterte; mit der „Terrorismus“-Geschichte lassen sich also keine Geschäfte machen.

Unerhörter Unternehmerterrorismus.

Gerade in der gegenwärtigen Zeit der unverantwortlichsten Hetze aller Reaktionäre gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter dürfte es angebracht sein, gewissermaßen aktenmäßig den bisherigen Verlauf eines ganz unerhörten und brutalen Unternehmerterrorismus der weitesten Oeffentlichkeit bekanntzugeben.

Im April 1911 hatte der Droschkenkutscher J. in Dresden eine unerhebliche Differenz mit einem Fahrgast. Der Droschkenbesitzerverein 1. Klasse erfuhr davon und lud J. zu einer Vorstandssitzung vor sein Forum. J. erschien nicht, weil er ein Recht der Unternehmer dazu nicht anerkennen konnte. Darauf erhielt er abermals eine Einladung, und dieser Einladung folgte er, um den Herren dort zu sagen, daß er ihnen das Recht zu einer Vorladung und das Strafrecht bestreite. Wenn er die Fahrdienstordnung überschritten hätte, dann hätte nur die Polizei das Recht, ihn zu bestrafen. Darauf erhielt er folgendes Schreiben:

„Nachdem Sie wegen der auf der Station Am Altmarkt begangenen Unregelmäßigkeiten bereits mit einem Verweis belegt worden sind, hat der Gesamtvorstand beschlossen, Sie wegen ihres gestrigen höchst ungebührlichen Benehmens gegenüber den Vorstandsmitgliedern ab 16. Juni d. J. auf drei Monate im Droschkenfahrdienst nicht zu beschäftigen, wovon Sie hierdurch in Kenntnis gesetzt werden.

Wilhelm Virtze, Vorsitzender.“

Der Droschkenkutscher, der Familienvater ist, und andere Arbeiten doch nicht gleich verrichten kann, erhielt aber Beschäftigung von Droschkenbesitzern. Das wurde dem Vorstand bekannt, und darauf erhielt er folgenden Ukas:

„Wie festgestellt worden ist, haben Sie trotz der Ihnen zugegangenen Bescheidung am 1. Juni cr. Droschke erster und zweiter Klasse gefahren, weshalb der Gesamtvorstand beschlossen hat, Sie dieserhalb von heute ab auf die Dauer von zwei Jahren im **Droschkenfahrdienst nicht mehr zu beschäftigen**, wovon Sie hierdurch zur Beachtung in Kenntnis gesetzt werden.

Wilhelm Virtze, Vorsitzender.

---

abend etwas und mach ihm begreiflich, daß es in aller Verschwiegenheit geschehen muß.“

„Spezialitzenzen kosten Geld,“ sagte Herr Löbel, „ich habe gehört, es ist eine Sache um dreißig Pfund so herum.“

Herr Nathan Schmidt erhob sich und seine Augen waren beinahe ausdrucksvoll. Er nickte den Damen gute Nacht zu und schritt zur Tür hinüber. Plötzlich ergriff ihn Frau Löbel aber am Rock und hielt ihn fest.

„Haben Sie's doch nicht so eilig, Nat,“ bat sie, „wir sind doch nicht alle klug wie Sie.“

„Und da redet man davon, daß man einem geschenkten Gaul nicht ins Maul sehen soll,“ begann der entrüstete Herr Schmidt.

„Setz Dich hin,“ nötigte Herr Löbel. „Du kannst doch von uns nicht erwarten, daß wir so schnell diese Dinge überblicken wie Du.“

Er zog seinen teilweise besänftigten Freund wieder auf den Stuhl und holte sich gleichfalls einen Stuhl heran, um nunmehr mit Enthusiasmus über die Aussichten der Sache zu sprechen.

„Melie soll den jungen Schümann heute abend noch abschütteln,“ erklärte er jetzt.

„So ist's recht,“ erklärte der andere. „Komm bei und verätze noch ein paar mehr von diesen törichten Dingen, und wir werden glücklich sein. Wenn Du einen Kopf hättest statt — dem, was Dir da an seiner Stelle sitzt, würdest Du nicht davon reden, Dir so in die Karten sehen zu lassen. Keiner darf es wissen oder etwas davon vermuten, bis der junge Edu Lampe mit Amelie verheiratet ist und das Geld bekommen hat.“

„Es jetzt etwas nach Betrug aus,“ äußerte sich jetzt Fräulein Löbel, welche den Plänen über ihre Zukunft mit bewunderungswürdiger Fassung zugehört hatte.

„Es ist zu Edus eigenem Besten,“ erklärte Nathan Schmidt, „jedermann weiß doch, daß er halb verrückt nach Dir ist.“

„Ich weiß nicht, ob ich ihn nicht noch am besten leiden mag, selbst ohne Geld,“ sagte Fräulein Löbel ruhig. „Keiner hätte aufmerksamer sein können, als er. Ich glaube, er hätte mich geheiratet, wenn er eine Million gehabt hätte, aber Dein Vorschlag sieht besser aus.“

„Alles in allem besser,“ nickte Nathan Schmidt beifällig. „Nun, Daniel, laß hinüber zu Edu und pfeif ihn Dir zurück. Sag' ihm auch, daß er es als strengstes Geheimnis behandeln soll, um mit dem jungen Schümann keine Geschichten zu haben — verstehst Du?“

Voller Bewunderung erklärte Herr Löbel, daß sein Freund ein Phänomen sei, und in der Unterhaltung über Mittel und Wege, die nun folgte, hörte er mit großem Respekt zu, mit welcher Gewandtheit sein Freund und seine Frau alles ordneten. Schwierigkeiten wurden nur zu dem Zwecke erwähnt, um in zeitraubendster Weise überwunden zu werden, und er bemerkte, mit großer Anerkennung, daß die Aussicht auf einen Schwiegersohn mit zweihunderttausend Mark die Würde der Dame bereits gesteigert hatte. Sie rümpfte hochmütig die Nase, als sie von „dieser Schümann-Bande“ sprach, und die Art und Weise, wie sie Herrn Schmidt versprach, daß seine Dienste ihm nicht zum Schaden gereichen würden, wären einer Herzogin würdig gewesen.

„Ich erwartete auch nicht, etwas dabei zu verlieren,“ erklärte der Schlafbas anzüglich. „Komm mit und laß uns im „Trichter“ ein Glas trinken. Dann, und dann kannst Du hingehen und Edu besuchen.“

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Der Sommerabend war schon weit vorgeschritten, als Herr Löbel und sein alter Freund sich trennten. Der erstere Herr befand sich in nahezu gefühlvoller Stimmung, und der Schlafbas, den es freute, daß sein Schüler sich in einer für seine Mission besonders gezeigneten Verfassung befand, erneuerte seine Instruktionen, Herrn Lampe zur Geheimhaltung zu verpflichten, und ging dann an sein eigenes Geschäft.

Herr Löbel spazierte langsam nach der Elisen-Allee, den Kopf in tiefem Sinnen vornüber geneigt. Er fragte sich besorgt, ob er Herrn Lampe auch allein antreffen würde, da sich sonst die Schwierigkeiten seines Auftrages bedeutend erhöhen würden, denn die Schlauheit der Frau Lampe wurde in keiner Weise durch unbezähmbare Zuneigung zu der Familie Löbel nachteilig beeinflußt. Wenn sie zu Hause war, mußte er einen Vorwand erfinden, um Edu in die Abgeschiedenheit der freien Luft zu locken.

Als er das Haus erreicht hatte, war die Lampe im Vorderzimmer angezündet und die Schatten der Geranien, welche durch verschiedentliches Ueberwintern sehr gewonnen hatten, bildeten ein üppig wucherndes Muster auf den Leinwand-Rouleaus. Herr Löbel machte zuerst einen mißlungenen Versuch, um die Ecken dieser Dekoration herumzugucken, und klopfte dann leise an die Tür. Als Antwort auf das „Herein!“ von drinnen drückte er die Klinke nieder und blickte in das Zimmer. Zu seiner Erleichterung sah er, daß Herr Lampe allein war.

„Guten Abend, Edu,“ sagte er mit höflichem Lächeln, als er langsam eintrat und die Tür hinter sich schloß. „Hoffentlich geht es Ihnen gut.“

„Ich danke, mir geht es gut,“ antwortete Herr Lampe und sah ihn mit unverholener Ueberraschung an.

„Freut mich, das zu hören,“ meinte Herr Löbel mit etwas vorwurfsvoller Stimme, „um Ihret willen um jedermanns willen. Immerhin erwartete ich, Sie etwas niedergeschlagen zu finden. Ach, schließlich sind es doch bloß die Frauen, die ein Herz haben.“

Herr Lampe hustete. „Was meinen Sie damit?“ fragte er etwas betroffen.

(Fortsetzung folgt.)

Gleichzeitig wurde an die Droschkenbesitzer folgendes Zirkular versandt:

„Der Droschkenführer Herr Hermann John, hier, Ziegelstraße 41 wohnhaft, darf auf Beschluß des Gesamtvorstandes vom Verein der Besitzer Droschken 1. Klasse von jetzt ab auf zwei Jahre nicht im Droschkenfahrdienst 1. und 2. Klasse beschäftigt werden. Vereinsmitglieder, welche gegen diesen Beschluß handeln, werden mit einer täglichen Konventionalstrafe von 3 Mk. laut des Vereinsstatuts bestraft.

Der Droschkenbesitzerverein Dresden.
Emil Lehmann."

Die Unternehmerin aber, die den John beschäftigte, erhielt folgendes Schreiben:

„Frau Agnes, verwitwete Schröder, Dresden-Strehlen, Friedrich Augustaplatz 1.

Wie der Verein der Droschkenbesitzer 1. Klasse hier in Erfahrung gebracht hat, beschäftigen Sie den Kutscher Hermann John weiter, trotzdem John durch Beschluß des Vereins auf zwei Jahre vom Droschkenfahrdienste ausgeschlossen worden ist. Im Auftrage des Vereins ersuche ich Sie hierdurch, bei Vermeidung der Klage und den satzungsgemäßen Folgen John sofort zu entlassen und mir davon, daß dies geschehen ist, umgehend Nachricht zu geben. Der Anspruch auf Zahlung der schon verwirkten Strafe und Erstattung der bei mir entstehenden Kosten bleibt vorbehalten.

Hochachtungsvoll
Rechtsanwalt Baum."

Zu allem Ueberfluß gab die also gezwungene Arbeitgeberin dem Manne, der wegen einer geringfügigen Differenz ausgehungert werden soll, eine Bescheinigung folgenden Inhaltes:

„Der Droschkenführer Hermann John aus Dresden ist vom 25. August 1911 bis 23. September 1911 bei mir in Kondition gewesen; mußte den Kutscher Herrn John auf wiederholtes Drängen des Besitzervereins 1. Klasse kündigungslos entlassen.

Agnes, verw. Schröder."

Der also Gehetzte geriet natürlich mit seiner Familie trotz der Unterstützung durch den Transportarbeiterverband, dem er angehört, in große Not und richtete kürzlich ein Gesuch an die Unternehmer-Terroristen, worauf er folgende abweisende Antwort erhielt:

„Dresden, den 1. März 1913.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 11. v. M. teilen wir Ihnen nach nunmehr stattgefundener Vorstandssitzung mit, daß wir Ihrem Ersuchen um Aufhebung des gegen Sie erlassenen Fahrverbots nicht stattgeben können, sondern auf Erfüllung der festgesetzten Frist bestehen müssen.

Achtungsvoll
Wilhelm Virtze."

Der Vorstand des Vereins der Droschkenbesitzer beruft sich bei seinen Terrorismusakten auf das Statut. Im § 12 desselben heißt es allerdings:

„1. Jedes Vereinsmitglied ist verpflichtet, grobe Fehler der Kutscher dem Vorstande anzuzeigen, der die Namen derselben in eine Liste einzutragen hat und dieselben mit Verwarnung bezw. Verweis bestrafen kann.
2. Jedes Vereinsmitglied ist verpflichtet, auf Verlangen des Vorstandes einen mit Verweis belegten Kutscher sofort zu entlassen bezw. mindestens drei Monate lang nicht wieder in Droschkenfahrdienst zu nehmen.
3. Vereinsmitglieder, welche trotzdem einen solchen Kutscher im Fahrdienst behalten bezw. während der Dauer des Verbots in Dienst nehmen, haben eine Konventionalstrafe von 3 Mk. für jeden Tag des Dienstes für Vereinskasse zu zahlen."

Schwarze Listen und brutalste Verhinderung der Beschäftigung von mißliebigen Angestellten. Mit solchen Mitteln arbeitet hier eine Unternehmerorganisation in aller Oeffentlichkeit und kein Staatsanwalt verhindert das!

Die Unternehmer haben es nötig, über den Terrorismus der — Arbeiter zu schreien!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Machtprobe der Scharfmacher im Malergewerbe. Das rigorose Vorgehen der Unternehmer im Malergewerbe findet auch in bürgerlichen Kreisen wenig Sympathie. So schreibt die „Soziale Praxis": „Nach der ganzen Entstehungsweise dieser Aussperrung ist es nicht verwunderlich, daß die Durchführung der Aussperrung nicht ohne Schwierigkeiten vor sich geht. Es ist keine rechte Kampfesstimmung vorhanden. Im gesamten Gau Hamburg waren eine Woche nach Beginn erst 30 % (2844 von 9596 Beschäftigten) ausgesperrt, in Groß-Berlin am 10. März 1843 bei mehr als 8000 Beschäftigten. Der christliche Malerverband schätzt, daß von 4000 bei organisierten Meistern beschäftigten christlichen Gehilfen rund 800 ausgesperrt sind. In der beschlußfassenden Versammlung der Berliner Malereigeschäfte hat der Berliner Obermeister Kruse geradezu sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Arbeitgeber den Anfang mit dem Kampfe machen müßten. Die Tatsache eben, daß drei von den Malermeistern selbst berufene Unparteiische in ihrem Schiedsspruche die Forderungen, gegen die jetzt der Aussperrungskampf geht, für den erträglichsten Interessenausgleich erklärt haben, stimmt nicht nur die unbeteiligte öffentliche Meinung, sondern auch die beteiligten Malermeister bedenklich, ob sich ein Riesenkampf darum lohne und aussichtsreich sei." Dann heißt es, „die positiven Kampfziele und Forderungen, welche die Malermeister mit der Aussperrung durchsetzen wollen, sind, abgesehen von der Lohnfrage, nicht ganz klar." Und nachdem dann die „Soziale Praxis" das Wesentlichste aus den Zirkularen des Unternehmerverbandes darüber zitiert hat, heißt es: „Man kann nicht gerade zugeben, daß hier Lebensfragen des Malergewerbes angeführt werden, deren glatte Regelung für die Arbeitgeber selbst das Opfer eines Riesenkampfes gering erscheinen lassen muß. Die Malergehilfen haben, verglichen damit, noch schwerere Ausstellungen an den Schiedssprüchen zu machen gehabt." Nachdem die Resolution der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Maler abgedruckt worden ist, wird bemerkt: „Die Malergehilfen haben sich mit der Abschlagszahlung der Schiedssprüche begnügt, weil auf friedlichem Wege nicht mehr zu erreichen war; aber sie haben allem Anscheine nach auf eben so viel verzichten müssen, wie den Arbeitgebern in dem Schiedsspruch an Verzichten zugemutet ist. Mußte angesichts dieser Sachlage, nachdem die Parteien monatelang ihren Friedenswillen bekundet haben, notwendig jetzt noch ein allgemeiner Kampf, der voraussichtlich angesichts der Stärkeverhältnisse der Parteien an dem Gesamtergebnis nicht viel ändern, aber dem Gewerbe schwere Wunden schlagen kann, entfesselt werden?" Jedenfalls zeigt diese Stimme aus bürgerlichen Kreisen, wie man dort über die Aktion der Unternehmer im Malergewerbe denkt. Nach neuerlichen Feststellungen des Malerverbandes nimmt die Aussperrung nicht mehr zu, sie bröckelt vielmehr teilweise schon ab. Doch werden jetzt von den Gehilfen vielfach Betriebe stillgelegt, die nur teilweise aussperrten. Die Sondertarife werden lebhaft begehrt, und wenn der Unternehmerverband seinen Mitgliedern nicht jeden gewünschten Dispens erteilen würde, wäre die Zahl derer, die die Aussperrung wieder aufheben, noch weit größer als bisher. Mehr und mehr gehen die Gehilfen auch dazu über, Arbeiten auf eigene Rechnung auszuführen.

Lohnbewegungen der Bootsbauer und Schiffszimmerer. Um die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bootsbauereien von Potsdam und Umgegend zu regeln, wurde von den im Verbande der Schiffszimmerer Deutschlands organisierten Arbeitern den einzelnen Betrieben ein Tarifentwurf unterbreitet. Die Havelwerft, vorm. Hoffmann u. Co. in Potsdam, und die Bootswerft von J. Schramm in Werder a. Havel haben die Wünsche der Arbeiter nicht anerkannt. Die Arbeiter dieser beiden Betriebe haben deshalb nach nochmalig ergebnisloser Verhandlung die Arbeit eingestellt. Ueber die Bootsbauerei von P. Kluge in Sakrow ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs ebenfalls die Sperre verhängt. Vor Zuzug nach den genannten Betrieben wird dringend gewarnt. Von den Schiffswerftbesitzern in Oderberg (Mark) wurde aus Anlaß von Differenzen im Sommer 1912 den Schiffszimmerern die Zusicherung gegeben, daß im Oktober 1912 wegen Neufestsetzung der Löhne in Oderberg in Verhandlungen eingetreten werden solle, und daß dabei, wie besonders betont wurde, etwas für die Arbeiter „herausspringen" werde. Als der Oktober herankam, erklärten die Unternehmer, daß sie in Anbetracht der schlechten Geschäftslage eigentlich Lohnkürzungen vornehmen müßten, jedoch bereit seien, um Entgegenkommen zu bezeigen, die bisherigen Löhne fortzuzahlen. Erst der Hinweis auf das geleistete Versprechen veranlaßte die Unternehmer zu dem Zugeständnis, vom 1. Mai 1913 ab einen ganzen Pfennig Lohnzulage pro Stunde zu gewähren unter Abzug der bisher bezahlten halben Stunde, um welche Sonnabends die Arbeitszeit kürzer ist. Damit war die Lohnzulage auf einen halben Pfennig pro Stunde reduziert. Weitere Zugeständnisse, ja selbst weitere Verhandlungen sind von den Unternehmern abgewiesen worden. Die Schiffszimmerer Oderbergs, die diese Erledigung der Angelegenheit als eine Verhöhnung ihrer berechtigten Ansprüche empfinden mußten, haben jetzt beschlossen, ihr Arbeitsverhältnis zum 22. März zu lösen. Kein Schiffbauer darf unter diesen Umständen nach Oderberg gehen. Bei der Breslauer Schiffbaugesellschaft befinden sich die Schiffszimmerer ebenfalls im Streik. In Fürstenberg an der Oder sind die drohenden Differenzen auf dem Verhandlungswege beigelegt. Erreicht ist eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung an den Sonnabenden und zwei Pfennig Lohnzulage für Schiffbauer auf die zweijährige Vertragsdauer.

Die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten, das Kartell der gewerkschaftlichen Angestelltenorganisation, hat in ihrer letzten Vertreterkonferenz eine Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Als Vorsitzender wurde H. Lehmann (Verband der Bureauangestellten Deutschlands), als zweiter Vorsitzender H. Lüdemann (Bund der technisch-industriellen Beamten), als Beisitzer P. Lange (Zentralverband der Handlungsgehilfen) gewählt. Die Geschäftsstelle der Freien Vereinigung befindet sich jetzt bei dem Verbande der Bureauangestellten Deutschlands, Berlin C. 25, Kaiser-Wilhelmstr. 18a.

Ein Mahnwort an die organisierte Arbeiterschaft.

Zu Ostern werden wieder Tausende junger Mädchen die Schule und gleichzeitig das Elternhaus verlassen, um fern von der Heimat ihr Brot als Dienstmädchen zu suchen. Mehr noch als die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen sind die jungen Dienstmädchen den Gefahren des Lebens und der Erwerbsarbeit schutzlos ausgesetzt. Die häuslichen Verhältnisse, in die sie jetzt kommen, sind gänzlich andre, als ihnen bisher bekannt waren. Dazu kommt häufig das Leben in der fremden Stadt, mit den andern Gewohnheiten, sodaß das junge Mädchen nicht abschätzen kann, ob die Bedingungen, unter denen es Beschäftigung annimmt, den Anforderungen der Stellung entspricht.

Zwar wird der Verkehr mit anderen Mädchen auch Aufklärung über die am Ort üblichen Arbeitsbedingungen schaffen. Diese Aufklärung und auch die Verständigung über andere Dinge wird aber erschwert durch das Alleinarbeiten der Mädchen, das Gebundensein durch das Kost- und Logiswesen und durch die für Dienstmädchen geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Noch immer unterstehen häusliche Dienstboten den Gesindeordnungen, die den Herrschaften sogar das Züchtigungsrecht geben, ihnen gestatten, das ohne Kündigung fortgezogene Mädchen zwangsweise durch die Polizei zurückholen zu lassen und Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (Klagen über zurückbehaltenen Lohn, einbehaltene Sachen usw.) mit wenigen Ausnahmen an die ordentlichen Gerichte verweisen.

Durch diese Zustände veranlaßt, sind die häuslichen Dienstboten weit mehr als gewerbliche Arbeiterinnen von der Laune der Arbeitgeber abhängig. Außerdem sind die wenigsten über das unterrichtet, was sie gesetzlich zu verlangen haben und welche Wege sie gehen müssen, um zu ihrem Rechte zu gelangen.

Die sich hieraus ergebenden Folgen, deren Wirkungen noch erhöht werden durch die im Berufe übliche gewerbsmäßige Stellenvermittelung, treffen natürlich in erster Linie die jungen Mädchen, die unerfahren und berufsfremd Stellung als Dienstboten annehmen. Für sie ist es deshalb besonders wichtig, eine Stelle zu wissen, wo sie sich Rat holen können, die ihnen Schutz und Halt bietet, auch Gelegenheit schafft, kollegialen Anschluß an ihre Berufsgenossinnen und gesellige Unterhaltung zu finden.

Diese Aufgaben erfüllt der Verband der Hausangestellten.

Alle Eltern sollten deshalb ihren Kindern, die Stellung als Dienstmädchen annehmen wollen oder innehaben, dringend raten, sich dem Verbande der Hausangestellten anzuschließen, und auch die unentgeltliche Stellenvermittelung des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz, Unterstützung in Krankheitsfällen, Aufklärung und gesellige Unterhaltung und versucht überall dort, wo es gelingt Mitglieder zu gewinnen, unentgeltliche Stellennachweise zu errichten. In den drei Jahren seines Bestehens hat der Verband verschiedentlich Beweise für seine Wirksamkeit erbracht, die natürlich noch erheblich gesteigert werden wird, wenn es gelingt, ihm mehr Mitglieder zuzuführen.

Auch aus diesem Grunde sollte die organisierte Arbeiterschaft ihre Familienangehörigen, die Stellung als Dienstmädchen innehaben oder annehmen wollen, veranlassen, sich dem Verbande der Hausangestellten anzuschließen. Sie würde dadurch beitragen, einer Arbeiterkategorie, die von der Gesetzgebung nach verschiedenen Richtungen hin bisher stets recht stiefmütterlich behandelt worden ist, die Selbsthilfe zu ermöglichen.

Die Adresse des Verbandes ist: Zentralverband der Hausangestellten, Berlin SO. 16, Engelufer 21, III.

Die Adresse der Zahlstelle in Lübeck ist: Wahmstraße 58 (Jugendheim).

Rüstungen und Produktion.

Der gesamte Mannschaftsbestand der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Militärbeamten, ist seit der Gründung der Herrlichkeit des neuen Deutschen Reiches wie folgt gewachsen:

1872	359 000	Mann.	1899	606 516	Mann.
1875	401 659	„	1905	614 866	„
1881	427 274	„	1911	626 782	„
1887	468 400	„	1912	655 914	„
1890	486 983	„	1913	668 836	„
1893	557 093	„	**1914**	**842 000**	„

Bis jetzt ist die Vergrößerung der Ziffer der zum Kriege Gerüsteten noch nie so wahnsinnig in die Höhe geschnellt, wie es von 1913 zu 1914 geschehen soll.

Bis jetzt ist nur immer wieder festgestellt worden, was uns der Wahnsinn der Rüstungen an Ausgaben kostet. Das ist aber nur ein Teil des Verlustes, der durch die militärische Dressur von über ¾ Millionen junger kräftiger Männer dem deutschen Volke zugefügt wird. Die Hunderttausende der Soldaten sind ja nicht nur zu erhalten, sondern arbeiten volkswirtschaftlich-nützlich mehrere Jahre überhaupt nicht! Was für Werte gehen dadurch verloren?

Wir stellen in nachfolgendem die Arbeiterzahl einiger der wichtigsten deutschen Industrien und den Wert der von ihnen geschaffenen Waren nach der amtlichen Produktionsstatistik zusammen:

Industriegruppe	Beschäftigt wurden 1910 Arbeiter	Wert der erzeugten Produkte in Millionen Mark
Steinkohlenproduktion	592 639	1535
Braunkohlenproduktion	56 864	154
Brikettfabrikation	16 864	129
Salzbergbau	27 790	97
Kraftfahrzeugindustrie	21 813	110
zusammen	715 768	2025

Die 715 000 Arbeiter dieser wichtigsten deutschen Industrien schafften im Jahre 1910 mehr als 2 Milliarden Mark an Werten; die Rüstungsausgaben für 842 000 Soldaten und Offiziere, für das Heer und die Marine, wie sie 1914 aussehen sollen, werden jährlich an die zwei Milliarden heranreichen. Dazu muß aber der Verlust der 842 000 Menschen an wirtschaftlicher Leistung gerechnet werden, er beträgt jährlich weit mehr als 2 Millarden Mark!

Das deutsche Volk ist heute schon bei einem Zustande angelangt, der dem Frankreichs nach dem deutsch-französischen Kriege ähnlich ist. Frankreich mußte damals 4 Milliarden Mark Kriegskontribution leisten, das deutsche Volk hat heute dem Rüstungswahnsinn des eigenen Landes und der eigenen Regierung einen jährlichen Tribut in der gleichen Höhe zu leisten!

Aus dem Gerichtssaal.

Die Dabendorfer Mordaffäre wird gegenwärtig vor dem Schwurgericht in Berlin verhandelt. Das „Geheimnis von Dabendorf" hat die Gerichte schon recht lange beschäftigt. Wegen Ermordung des Sekretariatsassistenten Franz Behm in Dabendorf, der seit dem 7. Oktober 1909 verschwunden war, standen die jetzt 41jährige Frau Helene Behm und der 55jährige Brunnenbauer Gustav Kolbe am 22. Januar 1912 vor den Geschworenen, die nach langer mehrtägiger Verhandlung die Schuldfragen verneinten, so daß die beiden Angeklagten freigesprochen wurden. Es ist dann das Wiederaufnahmeverfahren zuungunsten der Angeklagten angeordnet worden. Dieses stützt sich auf die Angaben, die Frau Behm neuerdings Polizeibeamten gegenüber über die Täterschaft des Kolbe und ihre eigene Stellungnahme zu der Tat gemacht haben soll. Außer Kolbe, der nun wieder des Mordes angeklagt ist, ist Frau Behm wegen Begünstigung angeklagt und am 2. März in Haft genommen worden. Sie hat bereits früher 7 Monate Untersuchungshaft durchgemacht.

Das Urteil im Dabendorfer Mordprozeß gegen den Brunnenbauer Kolbe wegen Totschlags lautet auf 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Frau Behm wegen Begünstigung auf ein Jahr Gefängnis. Der Vorsitzende hob bei der Urteilsverkündigung hervor, daß es sich um eine so gemeine Tat handele, daß das höchste Strafmaß noch zu gering erscheine. Hinzu komme noch, daß Kolbe wiederholt vorbestraft sei, und bei Frau Behm, daß die Tat gegen den eigenen Ehemann verübt wurde.

Mildernde Umstände — aber 1 Jahr und 4 Monate Gefängnis. Vor dem Kriegsgericht in Insterburg hatte sich der Kanonier Mikat wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu verantworten. Er ging eines Abends in angeheiterter Stimmung durch die Straßen und benahm sich laut. Ein Unteroffizier gebot ihm Ruhe. M. nahm aber keine militärische Haltung an, auch versagte er dem Vorgesetzten den Gehorsam. Als ihn der Unteroffizier nunmehr verhaften wollte, suchte er zu entkommen. Er glitt aber aus und wurde festgenommen, wobei er dem Unteroffizier mit dem Fuß gegen das Schienbein stieß, das verletzt wurde. Der Angeklagte hatte sich bisher tadellos geführt, deshalb wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt. Er erhielt dennoch eine Strafe von einem Jahr und vier Monaten Gefängnis wegen dieses Streiches. Eine „milde Strafe"!

Das Urteil im Sternickel-Prozeß. Im Prozeß Sternickel wurden verurteilt: Sternickel wegen dreifachen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raube und versuchter Brandstiftung **dreimal zum Tode,** 5 Jahren Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Willi Kersten wegen zweier Morde, einem Totschlag unter Versagung mildernder Umstände, in Tateinheit mit schwerem Raube zu 15 Jahren Gefängnis, Georg Kersten und Franz Schliewenz wegen zweier Morde, einem Totschlag unter Versagung mildernder Umstände, in Tateinheit mit schwerem Raube, **zweimal zum Tode,** zu 5 Jahren Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Ein Leutnant als Betrüger. Leutnant Erb vom 134. Infanterieregiment in Metz, der vor zwei Jahren wegen Betruges — es handelte sich damals nach seinen Angaben um einen Betrag von 60 006 Mark, der ihm zur Aufbewahrung übergeben, aber aus dem Kassenschrank gestohlen worden war — zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt worden war, wurde am 14. März von der Strafkammer in Metz wegen Verleitung zum Meineid in 7 Fällen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, sowie zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt. Im Laufe der Verhandlung stellte sich heraus, daß Erb als Knabe von 14 Jahren, was er bisher immer verschwiegen hatte, wegen Einbruchsdiebstahls mit 2 Monaten Gefängnis bestraft worden war, ferner, daß er mit Hilfe eines von ihm gefälschten Abiturientenzeugnisses und infolge des Umstandes Offizier geworden war, daß er den Beruf seines Vaters, der Gefängnisdiener war, fälschlich als Oberamtsverwalter gekennzeichnet hatte.

Aus Nah und Fern.

Liebesdrama. In Lichtenrade bei Berlin hat ein Liebesroman seinen tragischen Abschluß gefunden. In einer Laube erschoß sich der Kaufmann Otto Hellwig aus Tempelhof, nachdem er zuerst seine Geliebte, die Arbeiterfrau Röhl aus Berlin, getötet hatte. Beide hatten sich zufällig kennen gelernt und ein Liebesverhältnis angeknüpft. Aus Furcht, daß dies bekannt werden könnte, gingen sie gemeinsam in den Tod. In den bei den Toten vorgefundenen Briefen stand, daß sie unter den bestehenden Verhältnissen nicht weiter leben könnten.

Die Qualen der Hölle. Während der Religionsstunde in der 3a-Knabenklasse der Schule am Agilolfingerplatz (Giesing bei München) sprach der Religionslehrer Kaplan Freudenstein über die Qualen der Hölle. Um den Kindern diesen Aufenthalt großer Sünder recht „verständlich" zu machen, verfiel der brave Gottesmann und Musterpädagoge auf die Idee, diese Qualen an einem praktischen Beispiel zu zeigen. Die Schrecknisse der ewigen Verdammnis — so dozierte er — können schon danach beurteilt werden, daß die Seelen der abgeschiedenen Sünder im Höllenfeuer braten müssen. Wie wehe das tue, sei daraus zu ersehen, daß kein Mensch einen Finger auch nur den zwölften Teil einer Minute über ein kleines brennendes Streichholz halten könne, ohne den schrecklichsten Wehdam zu empfinden. Dies wollte der sonderbare Religionslehrer nun praktisch beweisen. Da sich aber kein Knabe die Finger verbrennen lassen wollte, reizte Kaplan Freudenstein die Schüler dazu an, indem er ein Zehnmarkstück auf den Katheder legte und es dem versprach, der seinen Zeigefinger fünf Sekunden lang über ein brennendes Streichholz halte. Das zog natürlich. Drei Knaben meldeten sich. Zwei davon zogen die Finger sogleich wieder zurück. Der dritte aber, den offenbar das Geldstück blendete, ließ sich seinen Finger, den der Kaplan hilfreich hielt, so lange über das brennende Streichholz strecken, bis er aufschrie vor Schmerzen. Selbstverständlich erhielt auch er das Zehnmarkstück nicht. Er konnte sich zwar einen Begriff machen von den Qualen der ewigen Verdammnis. Der Kaplan grinste, steckte sein Geld wieder ein, der Knabe aber hatte am rechten Zeigefinger eine so große Brandwunde, daß er mehrere Tage lang nicht mehr schreiben konnte. Vielleicht hält nun die Lokalschulkommission oder das Münchener Ordinariat die Nase des Religionslehrers Freudenstein so lange übers brennende Streichholz, bis auch er weiß, wie wehe die Hölle tut, in der er dereinst doch braten muß.

Verdächtige Gründung. In München besteht seit einiger Zeit ein Schutzverband gegen die Fremdenlegion, der, wie er in einem Rundschreiben an die Presse mitteilt, seinen Kulturwert mit dauernden Erfolgen durchführen und dazu den Kern des deutschen Volkes als geschlossene Phalanx hinter sich haben möchte: die Arbeiterschaft. Das Generalsekretariat des Vereins geht jetzt mit einem Briefe des Genossen Bebel hausieren, in dem Bebel zwar die ihm angebotene Stelle eines Beirats in dem Präsidium dieses Schutzverbandes dankend ablehnt, aber verspricht, er werde die sozialdemokratische und die Gewerkschaftspresse ersuchen, den an sich ja begrüßenswerten Kampf gegen die Fremdenlegion mit erneuter Energie zu führen. Dazu schreibt nun die „Münchener Post":

„Genosse Bebel hat recht getan, vorläufig nicht als Beirat in das Präsidium dieses Schutzverbandes einzutreten, da dessen Verhältnisse noch keineswegs geklärt sind. Als Generalsekretär und vermutlich auch als Gründer amtiert eine Persönlichkeit, die in gar keiner Hinsicht eine Gewähr für ein ordnungsmäßiges Funktionieren des Vereins bietet, abgesehen von ihrer Teilnahme an, oder richtiger: Inszenierung von sehr merkwürdigen Gründungen ist diese Persönlichkeit Mitte Januar 1912 in einem Verfahren beim Münchener Gewerbegericht derart bloßgestellt worden, daß ihre Ernennung als Generalsekretär eines solchen Schutzverbandes zu den merkwürdigsten Rückschlüssen auf den Schutzverband selbst Veranlassung gibt."

Dieser Generalsekretär heißt Leopold Schlaf. Auch die „Dresdener Volkszeitung" kann über den Mann Auskunft geben, die er einmal wegen Beleidigung verklagt hat.

Einem großen Juwelendiebstahl ist man in Straßburg auf die Spur gekommen. In einem Juweliergeschäft erschien ein gut gekleideter Fremder, der eine große Anzahl Juwelen im Werte von etwa 60 000 Mark verkaufen wollte, die nach seiner Angabe aus einer Erbschaft stammen sollten. Der Juwelier war zum Abschluß des Geschäfts bereit, verlangte aber, daß der Fremde die Rechtmäßigkeit seines Besitzes nachweisen sollte. Dieser versprach, dies am Abend zu tun und ließ die Schmucksachen bei dem Juwelier zurück. Inzwischen war aber bekannt geworden, daß vor einigen Tagen in Zürich für etwa 60 000 Mark Schmucksachen gestohlen worden waren. Der Fremde mußte hiervon Wind bekommen haben, denn er erschien nicht wieder. Die gestohlenen Schmucksachen konnten dem Juwelier in Zürich wieder zugestellt werden.

Kinder ohne Aufsicht. In Stützerbach in Thüringen verbrannten die beiden fünf und acht Jahre alten Söhne des Glasarbeiters Heinz, die am Ofen mit einer Spiritusflasche gespielt hatten. Die Flasche explodierte und im Augenblick standen die beiden Kinder in Flammen.

Das Kölner Volkshaus bleibt erhalten. Das kürzlich versteigerte Kölner Volkshaus ging am Sonnabend für rund eine halbe Million wieder in den Besitz von Partei und Gewerkschaften über.

Der Erreger der Kinderlähmung entdeckt. Dr. Flexner vom Rockefeller-Institut in Neuyork ist es jetzt gelungen, den Erreger der spinalen Kinderlähmung zu entdecken, nach dem man bisher vergeblich gesorscht hatte. Die Entdeckung gibt der Hoffnung Raum, daß es nun auch gelingen wird, die Krankheit mit Erfolg zu bekämpfen.

Auf einen Schiffsuntergang deuten in der Nordsee aufgefundene Wrackstücke hin. An der holländischen Küste sind Schiffstrümmer angetrieben worden, unter denen sich ein Schild mit dem Namen „Stettin" befand. Es wird vermutet, daß es sich um den Erzdampfer „Pernovia" handelt, der in Stettin beheimatet und überfällig ist. Der Dampfer, der 13 Mann Besatzung hatte, war am 1. März von Narvik nach Rotterdam in See gegangen.

Giftmordversuch einer Operettensängerin? Eine aufsehenerregende Verhaftung wurde von der Pariser Polizei vorgenommen. Es handelt sich um die 30jährige Operettensängerin Marthe Berger, die Beziehungen zu einem reichen Industriellen namens Lhopet unterhielt. Die Gattin Lhopets erstattete vor einigen Tagen Anzeige gegen Frl. Berger, die sie beschuldigte, ihr vor einigen Tagen in einem Paket vergiftete Getränke gesandt zu haben, nach deren Genuß sie schwer erkrankt ist. Die polizeiliche Untersuchung hat tatsächlich ergeben, daß die Getränke mit Sublimat vergiftet worden waren. Eine bei Frl. Berger abgehaltene Haussuchung fiel so belastend für diese aus, daß sie trotz ihrer lebhaften Umständebeteuerungen verhaftet wurde.

Zahlreiche Selbstmorde. In den letzten vier Tagen haben bis drei Studenten der Petersburger Universität geschossen, ohne daß es auch nur in einem Falle gelungen wäre, irgendwelche Gründe für den Selbstmord zu erfahren. Nach den Mitteilungen hiesiger Blätter scheint jetzt wenigstens festzustehen, daß alle Selbstmorde in einem Zusammenhange mit der Sicherheitsbehörde stehen sind. Nähere Angaben, welcher Art dieser Zusammenhang ist, werden jedoch auch von den Blättern nicht gemacht.

Schwerer Zugzusammenstoß in den Vereinigten Staaten. Zwei Extrazüge der Pacificbahn stießen bei Gottenburg aufeinander. Hierbei wurden sieben Personen getötet und über hundert verwundet. Der herrschende Sturm erschwerte ungemein die Rettungsarbeiten, ein Hilfszug brauchte mehrere Stunden, um an Ort und Stelle zu gelangen.

Eisenbahnunglück in Belgien. Bei Hasselt fuhren ein von Lüttich kommender, mit Arbeitern dicht gefüllter Personenzug und ein von Antwerpen kommender Güterzug ineinander. Beide Lokomotiven wurden zertrümmert. Der Zugführer des Güterzuges ist tot. Aus den Trümmern des harmonikaartig ineinander geschobenen Güterzuges wurden 25 Schwerverwundete gezogen, an deren Aufkommen gezweifelt wird. Drei Personen sind bereits gestorben. 30 Arbeiter haben leichtere Verletzungen. Der Lokomotivführer der Güterzuglokomotive ist irrsinnig geworden.

Ein starker Sturm hat in Montevideo bedeutenden Schaden angerichtet. Fünf Menschen wurden getötet, viele verletzt.

Einer Gasometerexplosion in der Nähe von Paris fielen mehrere Menschenleben zum Opfer. 2 Leichen sind bereits geborgen.

Unter Trümmern begraben. In Maribo (Dänemark) stürzte ein schwerer Sturm eine von einem Fabrikbrand stehengebliebene Giebelmauer um. 30 Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zwei von ihnen wurden tödlich verletzt, sechs erlitten schwere, alle anderen leichte Verwundungen.

Große Ueberschwemmungen in Galizien. Zwischen den Ortschaften Bivincza und Zogiostow trat eine derartige Eisstopfung ein, daß mehrere Ortschaften total überschwemmt wurden. Zahlreiche Brücken wurden weggerissen. Nach angestrengter Tätigkeit gelang es einer zur Hilfe herbeigeeilten Pionierabteilung, die drei Stockwerke hohen Eismassen zu sprengen und so der Flut Abzug zu verschaffen. Mehrere Menschen haben das Leben eingebüßt. Der Schaden an ersoffenem Vieh ist enorm.

Eine Pastorsfrau mit einem Einbrecher geflüchtet. Die Polizei hat Nachforschungen angestellt nach der verschwundenen Gattin des Pastors Clarkson von San Francisco, die allem Anscheine nach mit einem Gentleman-Einbrecher die Flucht ergriffen hat. Die Frau, die den Einbrecher bereits seit einigen Jahren auf seinen Fahrten begleitet, soll auch an dem letzten Einbruchsdiebstahl persönlich teilgenommen haben und im Besitze von gestohlenen Juwelen im Gesamtwerte von 125 000 Dollar sich befinden. Es gelang der Poliezi bereits, den Einbrecher zu verhaften.

Genossenschaftsbewegung.

Inkonsequente Gemeindeväter. Nachdem die sächsische Gesetzgebung die Beseitigung der rohen Umsatzsteuer zum Jahre 1924 beschlossen hat, sind eine Reihe Gemeinden schon jetzt darangegangen, sie völlig zu beseitigen. Dazu gehört auch die Stadt Kirchberg, wo der Konsumverein Wilkau eine Filiale besitzt. Leider war die Freude über den Beschluß der Stadtverordneten nur von kurzer Dauer. Der Rat ist dem Beschluß auf Aufhebung der Umsatzsteuer nicht beigetreten, weshalb eine gemeinschaftliche Sitzung beider Kollegien stattfand, die sich erneut mit der Frage beschäftigte. Die Mehrheit der Stadtverordneten fiel um und beschloß, die Steuer weiter zu erheben, jedoch nur zur Hälfte. — Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in Bischofsheim (Hessen) ab. Dort hatte der Gemeinderat auf ein Gesuch des Mainzer Konsumvereins beschlossen, dessen Filiale von der Filialsteuer zu befreien. Vom Kreisamte wurde nun dieser Beschluß zu nochmaliger Verhandlung zurückgewiesen. Mit elf gegen zwei Stimmen haben nun die Stadtverordneten ihren Beschluß umgestoßen. Bei dieser Art Steuer handelt es sich nicht um Zweckmäßigkeits-, sondern um grundsätzliche Fragen. Das in den genannten Fällen beliebte Verfahren läßt davon nichts erkennen. So kann man die Dinge auch mit dem beliebten Spiel der beiden Daumen entscheiden: Vorwärts — rückwärts, ganz wie es gewünscht wird!

Es gelingt nichts mehr! — können die Händler ausrufen, wenn sie die Erfolge im Kampfe gegen die Konsumvereine betrachten, soweit sie ihn aus eigener Kraft führen. Hatte man da im vorigen Jahr eine „Arbeitszentrale zur Bekämpfung der Konsumvereine" mit dem Sitz in Hamburg geschaffen. Das Ding ist gestorben, ehe es richtig lebte. Von irgendwelcher Tätigkeit hat die Öffentlichkeit überhaupt nichts erfahren. Nun ist auf einer Konferenz der Interessengemeinschaft großer Detaillistenverbände, die am 18. Januar d. J. in Berlin stattfand, mitgeteilt worden, daß die in Hamburg geschaffene Zentrale wieder aufgelöst werden solle; der Zentralverband für Handel und Gewerbe in Leipzig beabsichtigte, eine solche Zentrale ins Leben zu rufen. Dabei sollen die übrigen interessierten Verbände und Vereine mitwirken. Es wurde beschlossen, diesen eine Unterstützung der Arbeitszentrale zu empfehlen. Angeblich haben bereits eine Anzahl Vereine, Einkaufsgenossenschaften usw. Geld für diesen Zweck gezeichnet. Was dabei herauskommt, darf man in aller Ruhe abwarten. Bisher fehlte es offenbar an zwei unentbehrlichen Dingen: geeignete Personen und Geld. Und der Zentralverband für Handel und Gewerbe ist nach allem, was über seine bisherige Tätigkeit und Leistungsfähigkeit an die Öffentlichkeit drang, auch gerade nicht die Körperschaft, die das Fehlende liefern kann. Vor allem erfordern die Aufgaben, die einer solchen Zentrale erwachsen, reichliche Mittel. Woher nehmen? — das ist und bleibt vermutlich die Frage, über deren Lösung die Detaillisten nicht hinwegkommen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Die lustigen Weiber von Windsor, Oper in 3 Akten von Nicolai. Wenn auch die Enttäuschung darüber, daß Fräulein Bosetti in letzter Stunde ihr Gastspiel abgesagt hatte, den Theaterbesuch am Sonnabend sehr ungünstig beeinflußte, so war die Vorstellung doch dadurch nicht in Frage gestellt worden. Vielleicht hat gerade das Fehlen der berühmten Münchner Künstlerin unseren heimischen Kräften den Ansporn zu erhöhter Leistungsfähigkeit gegeben, um auf diese Weise den entgangenen Genuß weniger fühlbar zu machen. Jedenfalls kam die an musikalischen Schönheiten reiche Oper, die von einem Abglanz Shakespeareschen Humors verklärt wird, am Sonnabend recht gut heraus. Auf der Bühne herrschte die rechte Stimmung und Singfreudigkeit. Als Frau Fluth bewies Frl. Overhof, daß sie eine geschmackvolle Sängerin mit nicht sehr großen, aber ansprechenden Mitteln ist. Auch darstellerisch entledigte sie sich ihrer Aufgabe mit Geschick und Laune. Frl. Bolter fehlte für die Frau Reich noch die gesangstechnische Reife. Ihre Stimme klang mehrfach flach, sandrettenhaft und ohne Resonanz. Dazu kam, daß die gewiß talentierte junge Dame ihrer Rolle auch nicht mit dem nötigen Humor schauspielerisch beizukommen verstand. Ganz famos war der stimmgewaltige John Falstaff des Herrn Aschner, der aus diesem ewig durstigen und sich in Geldnot befindlichen Ritter wirklich eine markige Figur zu machen wußte. Sehr tüchtige Vertreter hatten die beiden ehrenwerten Bürger von Windsor, Fluth und Reich, in den Herren de Garmo und Fabian. Frl. Jansen sang und spielte die Anna Reich mit gewinnender Anmut und Lieblichkeit. Ihre drei Freier wurden von den Herren Schorn, Lehmann und Danger wirkungsvoll gegeben. Von kleineren Unstimmigkeiten abgesehen, trug auch der Chor zum Gelingen der Aufführung bei, die von Herrn Beyer inszeniert und von Herrn Dr. Hartzem temperamentvoll dirigiert wurde. P. L.

„Der Freischütz", romantische Oper von Weber, erfreute am Sonntag ein in den höheren Regionen dicht besetztes, im ersten Rang leeres Haus. Noch immer, nach mehr als 90 Jahren, wirkt dieses Meisterwerk echt volkstümlich im besten Sinne des Wortes. Die Musik erfrischt durch ihren innigen Ausdruck und die schlichten, wie aus einem klaren Quell natürlicher Anmut fließenden Melodien. Die Wiedergabe, welche die Oper gestern abend unter der sicheren, feinsinnigen Leitung des Herrn Kapellmeister Pfeiffer fand, verdiente den reichen Beifall, der ihr gezollt wurde. Frau Schmidt sang die Agathe mit warmem Empfinden. Ein taufrisches Annchen war Frl. Jansen. Den Max gab Herr Schöffel mit wohlklingendem Organ. Herr Fabian charakterisierte den finsteren Kaspar sehr wirkungsvoll. Als Förster Cuno war Herr Aschner reichlich bärbeißig. Die prächtigen Stimmen der Herren de Garmo und Holmquist kamen in den Partien des Eremiten und des Ottokar bestens zur Geltung. Der Dialog machte verschiedenen Künstlern Beschwerden. Vom Chor kann gesagt werden, daß er seine Aufgabe mit Eifer zu lösen bestrebt war. P. L.

Eine Anfrage an unsere Theaterleitung: Am 18. März ist der 100. Geburtstag Hebbels, eines der größten und kraftvollsten deutschen Dramatikers. Hat man seiner ganz vergessen? Schließlich hätte man den „Frauenfresser" wohl noch eine Zeitlang entbehren können, wenn dafür Hebbels „Nibelungen" dem Spielplan einverleibt worden wären.

Literarisches.

Aus Sturmeszeit betitelt sich der Roman, der gegenwärtig in der populären Wochenschrift „In freien Stunden" abgedruckt wird und dessen Lektüre durchaus zu empfehlen ist, da in demselben den Lesern ein überaus fesselnd geschriebenes Bild von den Sitten- und Gesellschaftszuständen während der russischen Revolution vor Augen geführt wird. Außer dem Hauptroman — der von der bekannten Künstlerin Ilse Schütze-Schur für „In freien Stunden" illustriert wurde, bringt jede Nummer der Zeitschrift noch unterhaltenden und belehrenden Text mannigfacher Art. „In freien Stunden" kostet 10 Pfg. pro Heft und wird für diesen Preis ohne Aufschlag in die Wohnung gebracht. Bestellungen nehmen alle Zeitungsspeditionen und Kolporteure entgegen. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, kostenlos.

Kommunale Säuglingsfürsorge ist der Leitartikel betitelt, der in der soeben erschienenen Nummer 10 der „Kommunalen Praxis" veröffentlicht ist. Die weiteren Artikel befassen sich mit folgenden Themen: Mutterberatung in Leipzig. — Zwei Bürgermeisterwahlen: 1. Hagen, 2. Wandsbek. — Organisation der Fleischversorgung. — Auslandsfleisch in Offenbach a. Main. — Fleischversorgung in Ost- und Westpreußen. — Hygienische Zustände in den ländlichen Bezirken Ostpreußens. — Wohnungspolitik einer sächsischen Landgemeinde. — Verstöße gegen das Gemeindewahlrecht in Preußen. — Schulden und Vermögen deutscher Städte. — Das Vermögen der bayerischen Gemeinden. — Belehrung in der Hygiene. — Entbindungsanstalten in Preußen. — Einführung der eigenen Regie am Stadttheater in Breslau. — Zur Berufsvormundschaft in Berlin. — Zentralstelle für Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen. — Wohnungsnot in Sachsen. — Gartenstädte. — Frauen in der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege. — Angestelltenversicherung und städtische Angestellte. — Krankenkassenfragen in Frankfurt a. Main. — Das Neukölln er Elektrizitätswerk. — Groß-Berlin und die Waldankäufe. — Kommunale Mitarbeit der Frau in Bayern. — Vereine und Versammlungen. — Literarisches. — Aus den Gemeinden. — Wir glaubten wieder einmal eine Inhaltsangabe einer einzelnen Nummer abdrucken zu sollen, weil dadurch am deutlichsten bewiesen wird, wie vielgestaltig das Gebiet ist, das die „Kommunale Praxis" behandelt, und wie wichtig die Lektüre derselben für jeden am Gemeindeleben Interessierten ist. Stadtverordnete und Gemeindevertreter können die „Kommunale Praxis" kaum noch entbehren. Die „Kommunale Praxis" erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 Mk. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Speditionen und Postanstalten entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

In den Tod getrieben. Unter diesem Titel erschien soeben ein neuer Band der Vorwärts-Bibliothek (Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin S. W. 68). Er enthält zwei Erzählungen von Ernst Preczang. In der ersten „Jantje Potters" — ists ein Fischer, der sich mit seiner arbeitsamen Frau gegen eine völlige Proletarisierung und Verarmung wehrt, aber immer weiter hinabgestoßen wird und schließlich seinem zerschellten Boot in die Tiefe folgt. — Die zweite Erzählung — „Im Moor" — zeichnet den Kampf einer Witwe gegen einen Amtsvorsteher, der ein alter Feind ihrer Familie ist und seinen Sohn hindert, die verführte Tochter der Witwe zu heiraten. Die alte Frau wird ebenfalls, nachdem sie sich hart gerächt, in den Tod getrieben, weil höher als Ehre und Pflicht die Standesrücksichten gewertet wurden. Natur- und Menschenschilderungen von Moor und Meer geben den beiden Erzählungen ihr besonderes Kolorit. Beide Erzählungen sind fesselnd geschrieben und werden die Leser von der ersten Seite bis zum Schlusse interessieren. Der Preis des gut ausgestatteten Bändchens beträgt gleich allen früher erschienenen Bändchen der Vorwärts-Bibliothek gebunden 1 Mark. Die Vorwärts-Bibliothek ist in allen Parteibuchhandlungen und Speditionen vorrätig.

1813. Vortrag, gehalten von Hermann Wendel am 9. März in Frankfurt a. M. Preis 10 Pfg. Die große Volksbewegung, die dem Volke so wenig der erwünschten Rechte brachte, die auch hier einem gebrochenen Hohenzollernwort seine dunkelsten Seiten verdankt, schildert Hermann Wendel in machtvoller Rede. Die umfassende Kenntnis dieser großen Zeitepoche verbunden mit einer glänzenden Dialektik machen die Broschüre geschichtlich und literarisch gleich wertvoll. Es ist selbstverständlich nicht nur das Jahr 1813, das Wendel schildert, sondern auch das verwesende heilige römische Reich, über das die französische Revolution kam, wird genau so kurz und scharf skizziert wie Napoleon und seine Zeit. Jetzt zur Jahrhundertfeier, da sich das ganze Bürgertum vor Hurrapatriotismus überschlägt, ist es für die Partei Pflicht, jene Zeit in ihrer Tatsächlichkeit zu schildern. Hier ist die Massenbroschüre, die wir brauchen! Bestellungen sind an die Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M., oder an die örtlichen Parteibuchhandlungen zu richten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.